Aus antifaschistischer Sicht den Koalitionsvertrag näher betrachtet

Vage gegen rechts, hart gegen Flüchtlinge

Man muss das 185 Seiten starke Koalitionsabkommen der neuen Bundesregierung bis zur Seite 144 durchgelesen haben, um die Begriffe Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus überhaupt zu finden. Von Neonazismus und Antifaschismus ist nirgendwo die Rede.

Im Kapitel »5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte« wird unter der Überschrift »Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses« erklärt, man wolle die »zahlreichen Reformvorschläge« des Untersuchungsausschusses »zügig umsetzen«.

Ausbau des Verfassungsschutzes und der Extremismustheorie

Konkret genannt wird allerdings nur der Ausbau des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dessen »Zentralstellenfunktion« verstärkt werden soll. Das heißt, der VS, der jahrelang nicht fähig oder nicht willens war, die Anschläge und Mordtaten des NSU aufzudecken und so zu verhindern, soll noch gestärkt werden. Auch die verhängnisvolle V-Leute-Praxis, mit der Neonazis staatlich finanziert und geschützt werden, soll »besser geregelt« fortgesetzt werden.

Unter der Überschrift »Kriminalität und Terrorismus« heißt es dann: »Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verknüpfen wir die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mit denen im Bildungssektor und bei Polizei und Justiz«. Was damit gemeint ist, bleibt im Dunkeln. Auf den folgenden Seiten ist nur noch von allgemeiner Kriminalität (Einbrüche, Menschen- und Drogenhandel usw.) die Rede.

»Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verknüpfen wir die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mit denen im Bildungssektor und bei Polizei und Justiz«. Was damit gemeint ist, bleibt im Dunkeln.

Erst zehn Seiten weiter werden unter der Überschrift »Für Toleranz und Demokratie« noch einmal Gefahren für Demokratie und Freiheit angesprochen, allerdings ist hier von »Extremismus« schlechthin die Rede. So findet die Extremismustheorie, die zu Recht auch aus der SPD kritisiert und abgelehnt wurde, Eingang ins Koalitionsprogramm.

Schließlich heißt es in dem Papier dennoch: »Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Toleranz widmen und gegen Gewalt und Hass, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wenden«, wolle man »motivieren und unterstützen«: »Die Auseinandersetzung mit und die Überwindung von Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« seien »eine Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen sowie der Zivilgesellschaft gleichermaßen«. Diese allgemeine Zuständigkeitszuweisung wiederum kann leicht dazu führen, dass sich im Konkreten niemand zuständig fühlt. Das Ganze bleibt im Vagen.

Das gilt auch für die Absichtserklärung, dass bestehende Programme langfristig finanziell sichergestellt und weiterentwickelt, die Haushaltsmittel aufgestockt sowie Forschung und politische Bildung gestärkt werden sollen.

Bekämpfung von Migration und Flucht im Programm

Eindeutig sind die Absichten zur Flüchtlings- und Ausländerpolitik. Der betreffende Abschnitt des Koalitionsvertrages trägt die Überschrift »Integration und Zuwanderung gestalten«. Was hier jedoch gestaltet werden soll, ist die – teilweise sogar noch verschärfte – Fortsetzung der alten Abschottungs-, Verhinderungs- und Abschiebepolitik.

Die schwarz-rote Koalition will »der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken«. Hier hält der antiziganistische Rassismus à la Friedrich Einzug in den Koalitionsvertrag und bedient das Ressentiment.

Man will »erreichen, dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden«. Dazu seien »konsequenter Verwaltungsvollzug…, verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Behörden vor Ort, besserer behördlicher Datenaustausch, die Ermöglichung von befristeten Wiedereinreisesperren sowie aufsuchende Beratung notwendig«. Offenbar soll der gesamte Staatsapparat dazu eingesetzt werden, die Inseln des Wohlstands vor den Verlierern des globalen Wettbewerbs zu schützen.

»Mit besonderem Vorrang« soll eine »Verkürzung der Bearbeitungsdauer bei den Asylverfahren« (»soll drei Monate nicht übersteigen«) stattfinden. Auch hier ist nicht daran gedacht, den Asylsuchenden schnellstmöglich zu einem gesicherten Aufenthalt zu verhelfen, sondern es soll »schnell Klarheit« darüber geschaffen werden, »wer keinen Anspruch auf Schutz geltend machen kann«.

»Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen« sei »eine abgestimmte Strategie« zu entwickeln. Dazu gehöre die »Bekämpfung der Ursachen von unfreiwilliger Migration und Flucht«. »Die Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Migration« soll »gestärkt werden«. Es bedürfe »einer Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts« und »der Vorschriften zur Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen«.

Es bedürfe »einer Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts« und »der Vorschriften zur Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen«.

Alle diese Zielsetzungen charakterisieren das Koalitionsprogramm als eindeutig gegen die Menschen gerichtet, die ihr Land aus existenzieller Not und Verzweiflung, auf der Flucht vor Krieg oder Verfolgung verlassen haben und Schutz und Hilfe dort suchen, wo die Reichtümer ihrer Länder schon längst sind und wo Waffenproduzenten und -exporteure sich dumm und dusselig damit verdienen, dass sich daran nichts ändert.

Cornelia Kerth / P.C. Walther

Inhalt

Neues bei »*antifa*« und »*Länderseiten*«

Nach elf Jahren gab Bundessprecher Ulrich Sander die Koordination der Länderseiten in jüngere Hände ab. Zusammen mit dem Layouter, zuletzt Kamerad Gerhard Steingötter, gestaltete er in Dortmund die Länderseiten verlässlich und zielbewusst, um die Vielfalt unserer Vereinigung darzustellen. Über die Jahre konnten die Dortmunder zahllose kleine und große Probleme bewältigen, von denen die Welt nie erfuhr, eben weil sie gelöst wurden.
Der Bundesausschuss der VVN-BdA hat in seiner Sitzung am 16. November Kameradin Jutta Harnisch als neue Koordinatorin der Länderseiten benannt. Der Aufgabenbereich für Nils Becker, den Layouter des Mantel-Teils, erweitert sich nun auch auf den Innenteil. Jutta Harnisch arbeitet seit 2005 in der Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA und hat große Erfahrung bei der Herausgabe der Berliner Mitgliederzeitschrift »Unser Blatt« gesammelt. Erreichbar ist sie unter jutta.harnisch@vvn-bda.de und von dienstags bis donnerstags auch in der Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA (030/ 29 78 41 78).

Die Redaktion der »antifa« traf sich außerdem am 7. Dezember mit dem Bundessprecherkreis, um das vergangene Jahr auszuwerten. Die vertriebene Inlandsauflage der November/Dezember-Ausgabe betrug 6.188 Exemplare, davon 528 als bezahlte Einzelabonnements und 5.660 als Mitgliederzeitschrift. Im vergangenen Jahr gingen die Mitgliederausgaben damit um 200, die Einzelabos um 20 Stück zurück. Das schwächt die finanzielle Grundlage, wobei der Verlust von Einzelabos deutlich schwerer wiegt. Immerhin steigt die Zahl der neugewonnen Einzelabos aber seit Jahren an, so dass der Nettorückgang 2013 nur noch klein war. Von diesen Neu-Lesern wandert ein Teil nach einer gewissen Zeit zu den »Mitglieder«-lesern ab, was politisch wünschenswert ist. Der Anteil der mit der »antifa« verbundenen Einnahmen und Ausgaben am Gesamthaushalt der Bundesvereinigung beträgt etwa ein Viertel und ist weitgehend ausgeglichen.

Zahlreiche Werbemaßnahmen wurden im vergangenen Jahr durchgeführt. Glatte Fehlschläge waren Werbekampagnen unter Parlamentariern und der Versuch, Austauschanzeigen im weiteren Umfeld zu organisieren. Erfolgreicher waren die traditionellen Austauschanzeigen mit der »jungen Welt«, dem Neuen Deutschland, der »UZ« und dem »Rundbrief der AG Rechtsextremismus«.

Erkennbar erfolgreich waren Werbeexemplare an Kunden des VVN-BdA Online-Shops, der Anfang 2013 in die Bundesgeschäftsstelle verlagert worden ist. Werbeexemplare wurden außerdem von unseren Landes- und Kreisvereinigungen verteilt.

Der allergrößte Teil der neuen Abos erreicht uns über die Homepage www.antifa.vvn-bda.de, die selbst ein Werbeträger für die Printausgabe ist. Da unsere Zeitschrift in erster Linie ein politisches und kein kommerzielles Produkt ist, kann die komplette »antifa« ohne Einschränkung online gelesen werden. Wir gehen davon aus, dass die allgemein höhere Bekanntheit, auch über die Facebook-Seite der Bundesvereinigung, letztlich zu einer erhöhten Auflage führt.

Aktion gegen SS-Treffen und Geschichtsrevisionismus im Baltikum

Veteranen-Verbände der Waffen-SS und andere Neofaschisten führen seit vielen Jahren Aufmärsche in Estland und Lettland durch, so jeweils zum »Tag der Legion« am 16. März in Lettland und am letzten Juli-Wochenende in Vaivara (Estland). Die Veranstaltungen werden von den nationalen Regierungen unterstützt. Antifaschistische Gegenveranstaltungen werden durch die Polizei behindert.

Die estnischen und lettischen Regierungen nutzen die SS-Geschichte zur Begründung ihrer »nationalen Identität«, als Mittel zur Diffamierung der Befreiung durch die Rote Armee, zur Leugnung des Holocaust und zur Benachteiligung der russischen Minderheiten in ihren Ländern. Diese Veranstaltungen bereiten den Boden dafür, dass zukünftig auch in anderen Ländern SS-Männer als »normale Soldaten« oder gar als »Freiheitskämpfer« gewürdigt werden können.

Es gehört zu den großen Traditionen der FIR, international gegen derartige Veranstaltungen zu mobilisieren. Die Mitgliedsverbände der FIR führen deshalb am 16.03.2014 in Riga (Lettland) und am 26.07.2014 in Vaivara (Estland) Aktionen durch.

Der Web-Auftritt der »antifa« wurde im Zuge der Umstellung der VVN-BdA-Seiten im Oktober ebenfalls modernisiert. Sichtbarster Unterschied sind die Fotos und eine versuchsweise eingerichtete Kommentarfunktion. Das Online-Archiv reicht bis 2006 zurück, und mit der neuen Seite wollen wir außerdem die Platzierung bei Suchmaschinen verbessern.

Im Jahr 2014 werden Anstrengungen unternommen werden, um der »antifa« ein stärkeres eigenes »Gesicht« zu geben. Dazu gehört, dass sich die Redaktion am Berliner »Tag der Mahnung« beteiligen wird. Verschiedene weitere Maßnahmen wurden erörtert und werden dem Realitätstest unterzogen werden.

Erfreulich ist, dass es gelingt, die »antifa« trotz des Umstandes, dass etwa 50 Kameradinnen und Kameraden allein innerhalb der VVN-BdA – und das fast nur ehrenamtlich – an der Erstellung und am Vertrieb jeder Ausgabe beteiligt sind, entsprechend unserer Zeitpläne heraus zu geben und weitgehend fehlerfrei an die Leserschaft zu bringen.

Inhaltlich hat die - übrigens auch gewachsene - Redaktion die »antifa« in den letzten Jahren verändert, was sich am deutlichsten im Kulturteil niederschlägt. Obwohl es sich selbstverständlich um lauter bibliophile Redakteure handelt, wird den Medien Film, TV, Graphic Novel und bildender Kunst mittlerweile viel Platz eingeräumt. Der Blick auf internationale Entwicklungen und ihr Verhältnis zu Deutschland wurde ebenfalls geschärft. Zahlreiche Autorinnen und Autoren haben im vergangenen Jahr erstmals für die »antifa« geschrieben. Dass regelmäßig so viele Bezüge zwischen Texten sowohl im Politik- als auch im Kulturteil bestehen, resultiert aus dem Arbeitsstil (neudeutsch »Philosophie«) der Redaktion, der einen intensiven Austausch mit den Autorinnen und Autoren beinhaltet.

Die Redaktion wies darauf hin, dass ein monatliches Erscheinen längst möglich und auch nötig wäre. Leider ist das finanziell derzeit nicht zu schaffen. Inhaltlich gibt es bereits weitreichende Ideen und Absprachen für das Jahr 2014, die aber nicht verraten werden, weil unvorhergesehene Ereignisse und Entwicklungen auch die schönsten Pläne über den Haufen werfen können.

Thomas Willms

Demos in Heilbronn und Schwäbisch Hall

Naziterror bekämpfen! Verfassungsschutz auflösen!

Landessprecher Jochen Dürr

Etwa 500 Menschen demonstrierten anlässlich des Jahrestages der Aufdeckung der neofaschistischen Terrorserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« am 2. November durch Heilbronn; ca. 300 waren es zwei Wochen später in Schwäbisch Hall. Neben zahlreichen örtlichen antifaschistischen Gruppen aus Baden-Württemberg, der Linken, der DKP, der Grünen Jugend und der Ver.di-Jugend rief auch die VVN-BdA dazu auf, am Ort des rätselumwölkten Polizistenmordes von Heilbronn und am »Sitz« des baden-württembergischen Ku Klux Klan in Schwäbisch Hall, der damit eng verwoben ist, zu demonstrieren. Für die VVN-BdA sprach in Heilbronn Landessprecher Jochen Dürr. Nicht erst der »NSU«, zeige, dass Faschismus keine »fehlgeleiteten Einzeltäter« hervorbringe, sondern von seinem Wesen her nicht von Terror, Mord und Gewalt zu trennen sei. Gerade deshalb sei das Verhalten von Behörden, Polizei und Justiz, die immer wieder Naziaufmärsche erlaubten und schützten, Nazigegner schikanierten, das Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen unwillig auf die lange Bank schöben, nicht mit Unwissenheit zu entschuldigen, sondern als Methode zu verstehen. Gerade beim Polizistinnen-Mord von Heilbronn seien die Ungereimtheiten und Verwicklungen von Behörden in den faschistischen Terror nicht mehr zu übersehen. Wie auch andere Rednerinnen und Redner forderte er die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg. ***DL***

Ja,
○ schickt mir doch eine Probenummer
○ lieber gleich ein Abo für € 10 für 4 Ausgaben/Jahr

das alles und noch mehr in den neuen Antifa

Dieter Lachenmayer
Demos zum Jahrestag der „NSU" Entdeckung:
Naziterror bekämpfen! Verfassungsschutz auflösen!

Rolf Wetzel
Der unaufgeklärte Polizistenmord von Heilbronn:
Erst verbrennen Akten, dann ein Zeuge

Christoff Marischka
Drohnenkrieg aus Stuttgart
Der Tod aus dem AFRICOM

Klaus Hampel
Friedenspreis für Sant' Anna:
Versöhnung und Mahnung

Jens Rüggeberg
Theodor Eschenburg:
Streit um eine Ikone der Politikwissenschaft

VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart / baden-wuerttemberg@vvn-bda.de

Foto: www.nsu-demo.tk

»NSU«-Untersuchungsausschuss jetzt!

Merkwürdiger »Selbstmord« auf dem Cannstatter Wasen

Der Heilbronner Polizistenmord stellt sich immer deutlicher als Schlüsselereignis für die Aufklärung der Verbrechen des vernetzten Rechtsterrorismus heraus. Bisher schon war auffällig, wie sehr sich dieser Mordanschlag von den anderen »NSU«-Verbrechen unterscheidet: nicht Kleingewerbetreibende, sondern Polizisten als Opfer; statt immer derselben Mordwaffe zwei verschiedene Pistolen. Nach dieser Mordtat riss die ganze Terrorserie ab. Vor diesem Hintergrund spielen die bisher zutage geförderten Ungereimtheiten und angeblichen Ermittlungspannen eine wichtige Rolle:

Warum wurde bei den Ermittlungen nie dem frühen Hinweis einer V-Frau gefolgt, wonach Neonazis aus Schwäbisch Hall in die Ereignisse verwickelt waren?

Warum wurde niemals nachdrücklich vier von Zeugen erstellten Phantombildern nachgegangen? Keines ähnelt den Mitgliedern des Terrortrios, eines aber verblüffend dem heutigen NPD-Landesvorsitzenden, einem ehemaligen Söldner und einschlägig Vorbestraften.

Warum wimmelte es am Mordtag in Heilbronn geradezu von Geheimdienstlern und V-Leuten? Was vor wenigen Wochen auf dem Cannstatter Wasen geschah, macht die Ereignisse vollends zum Politthriller: Dort wurde im September 2013 ein Nazi-Aussteiger verbrannt in seinem Auto aufgefunden. Nach Zeugenaussagen ging sein Auto in Flammen auf, nachdem er eingestiegen war. Fotos vom Tatort machen deutlich, dass er angeschnallt war. Er war nach Stuttgart gefahren, um im Landeskriminalamt Aussagen zum Heilbronner Mord zu machen. Dort kam er aber nie an. Schon zuvor hatte er verlauten lassen, er wisse, wer die Mörder seien. Bereits vor der Selbstaufdeckung des »NSU« hatte er den Behörden Hinweise auf diese und eine weitere Nazi-Terror-Truppe namens »NSS – Neoschutzstaffel« gegeben, die sich im Raum Heilbronn getroffen hätten. Noch bevor die kriminaltechnischen Untersuchungen abgeschlossen waren, stand das Ermittlungsergebnis fest: Selbstmord aus »Beziehungsproblemen«. Weder seiner Freundin noch seiner Familie waren diese »Probleme« bekannt.

Als wenn es nicht schon Argumente genug gäbe, dieser Todesfall und seine rasche »Aufklärung« schreien geradezu nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Heilbronner Mordfalles und die Verstrickung auch baden-württembergischer Behörden in den Sumpf des Rechtsterrorismus. Der DGB Nordwürttemberg, die Linke, die Jusos, die Grüne Jugend, die Naturfreunde und natürlich auch die VVN-BdA fordern einen solchen Ausschuss. Der Landtag hat bisher darauf nicht reagiert. ***DL***

Redaktion dieser Seite:
Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

Ein Buch zum November-Pogrom 1938 in Regensburg

Vom »Schandmarsch« zum Massenmord

Unter dem Titel »November-Pogrom 1938 und der lange Weg zu einer neuen Synagoge« haben Waltraud Bierwirth und Klaus Himmelstein eine 132-seitige Dokumentation veröffentlicht, in der anlässlich des Jahrestages 2013 ausführlich auf die damaligen Ereignisse in der Stadt Regensburg eingegangen wird. In ihrem Vorwort verweisen die Autoren auf die »Allgegenwärtigkeit« des Pogroms von 1519: »Die Stadt kann gut mit den ‚Spuren' leben, zeigt sie als Mittelalter vor, ist stolz darauf und reiht sie ein in die 2000 Jahre alte Geschichte der Stadt. Das erste Pogrom ist verpackt. Glatt geschliffen wie die weißen Steine des Karavan-Reliefs am Neupfarrplatz. Angekommen als ‚Ort der Begegnung.' An das zweite große Pogrom, das vor 75 Jahren, erinnert gar nichts.«

»Auszug der Juden«: Spießrutenlauf durch Regensburg. *Foto: Stadtarchiv Bamberg*

Dem soll mit dieser Veröffentlichung begegnet werden. Geschildert werden – flankiert von vielen historischen Bildern – die Anfänge nach der NS-Machtübernahme. In Regensburg konkret »…der Amtseinsetzung des überzeugten Nationalsozialisten und Rassisten Otto Schottenheim am 20. März 1933«, von Beruf »praktischer Arzt mit Affinität zur Rassenhygiene«, als Stadtoberhaupt. Vom »Judenboykott« 1933 über die »Lizenz zum Terror« gegen »Volksschädlinge« und die antisemitischen »Nürnberger Gesetze« wird die Entwicklung der Stadt beschrieben, hin zum Novemberpogrom 1938 mit der brennenden Synagoge, den zerstörten und ausgeraubten jüdischen Geschäften und Wohnungen, den Geschundenen und Misshandelten.

Und schließlich zu jenem »Auszug der Juden«, dem »Schandmarsch« vom 10. November 1938, in dem unter Regie des »Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps« (NSKK) die jüdischen Männer vor hunderten von Zuschauern durch die Stadt getrieben wurden. Ein »Erniedrigungsritual«, wie die Autoren schreiben, dem dann bald die Deportationen folgen sollten.

Besonders aufschlussreich in dieser Dokumentation sind die unter der Kapitelüberschrift »Täter vor Gericht« zusammengefassten Urteile von Spruchkammern, von späteren Strafverfahren, von Prozessen, die sich direkt auf das November-Pogrom bezogen und von anderen gerichtlichen Ermittlungen, Verfahren (und Verfahrenseinstellungen) gegen Nazitäter, die sich nicht nur im Jahr 1938 in Regensburg besonders hervorgetan hatten.

Die Fortsetzung nicht weniger Karrieren nach manchmal nur kurzen »Schamfristen« in der Bundesrepublik zeigt Zusammenhänge auf, die weit über Lokales und Regionales hinausweisen. In dieser, sich an ganz konkreten Ereignissen orientierenden Darstellung, werden solche Bezüge besonders augenfällig und dadurch besonders erschreckend.

Über jüdisches Leben in Regensburg nach 1945 bis heute handelt das letzte Drittel der Dokumentation. Seit 1994 sei durch Zuwanderung »die kleine jüdische Gemeinde« mit über 1.000 Mitgliedern wieder zu »stattlicher Größe« angewachsen. Weshalb sie eine Synagoge und ein Gemeindezentrum »von neuem Zuschnitt« brauche. Als Beitrag dazu versteht sich auch dieses Buch, dessen Erlös diesem Projekt zugute kommen soll. Herausgegeben wurde es von der Jüdischen Gemeinde Regensburg, der IG Metall Regensburg, von pax christi und der VVN-BdA. Für 8,00 Euro und Versandkosten kann es u.a. über das Büro der VVN-BdA in München bezogen werden. E.A.

Hof: Ab jetzt Dietrich-Bonhoeffer-Straße

Abschied vom braunen Archivar

»Einjähriger Streit beigelegt«, meldete jetzt der Bayerische Rundfunk und präzisierte: »Die Dr.-Dietlein-Straße in Hof ist bald Geschichte. Stattdessen wird sie bald Dietrich-Bonhoeffer-Straße heißen. Das hat der Hofer Stadtrat am Freitag (29.11.2013) einstimmig beschlossen. Innerhalb der nächsten drei Wochen sollen die Straßenschilder ohne größeres Aufhebens ausgetauscht werden.«

Neben anderen hatte sich für die Straßenumbenennung auch die VVN-BdA Hof-Wunsiedel besonders engagiert. Ernst Dietlein, Stadtarchivar in Hof und evangelischer Pfarrer, »machte in der NS-Zeit«, so der BR, »aus seiner Gesinnung kein Geheimnis. Er sang in seinen Schriften Lobeshymnen auf Hitler, verwendete lange Zitate aus ‚Mein Kampf' und verunglimpfte Juden. Nach Auskunft des heutigen Hofer Archivars Arnd Kluge hatten deshalb die US-Besatzungskräfte nach dem Krieg die Dietlein-Chronik konfisziert. Der evangelische Pfarrer und Widerstandskämpfer Bonhoeffer war eigentlich schon im Juni als Namensgeber vorgesehen gewesen – doch dann hatte die Stadtratsmehrheit mit Oberbürgermeister Harald Fichtner (CSU) aufgrund von Anwohner-Protesten doch wieder für den Erhalt des umstrittenen Straßennamens gestimmt. Das rechtsextreme ‚Freie Netz Süd' hatte im Juni diese Entscheidung begrüßt. ‚Diese Kehrtwende war ein Fehler', erklärt Fichtner nun.«

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar: Anni Aechter, Herbsleben, 102 Jahre; Hilde Kaim, Bamberg, 91 Jahre; Herta Brich, Weiden, 90 Jahre; Hilde Prockl, München, 89 Jahre; Erich Ude, Nürnberg, 82 Jahre; Ingeborg Weber, München, 80 Jahre; Bernd Michl, München, 75 Jahre; Gunter Eder, Tüßling, 65 Jahre; Erich Parzinger, Brunnthal, 60 Jahre; Christina Hacker, Freising, 60 Jahre; Michael Förtschlänger, Leutenbach, 60 Jahre; Thomas Etzel, Hof, 60 Jahre

Februar: Hans Koller, München, 87 Jahre; Erika Angele, Neubiberg, 80 Jahre; Christian Pauldrach, Hallerndorf, 75 Jahre; Angela Antoni, München, 70 Jahre; Sylvia Schilbach, Bad Endorf, 70 Jahre; Meike Lefin, Egling, 70 Jahre; Hugo Molter, Hausham, 70 Jahre; Hannelore Scharrer, Landshut, 65 Jahre; Wolfgang Walter, Augsburg, 65 Jahre; Sigrid Schultheiß, Bamberg, 60 Jahre; Margot Vierke, Penzberg, 60 Jahre.

Skrupellose militärische Führungselite

Aus dem Schreiben von Dr. h. c. Max Mannheimer an den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, vom 9. Dezember 2013

Sehr geehrter Herr Kultusminister,

als Präsident der Lagergemeinschaft Dachau e.V. wurde ich beauftragt, Sie zu bitten, sich der Umbenennung des Wernher-von-Braun-Gymnasiums in Friedberg bei Augsburg persönlich anzunehmen. (…) Die Diskussion dauert schon weit über 15 Jahre. Die Schulgemeinschaft verändert sich ständig. Während dieser Jahre gab es viele neue Erkenntnisse über die Person Wernher von Brauns.

Der »Vater der Mondfahrt« ist demnach als ein Täter des nationalsozialistischen Staates einzuordnen. Im Konzentrationslager Mittelbau-Dora, in dem seine sog. »Wunderwaffen«, die V1 und die V2, von KZ-Häftlingen unter unvorstellbar unmenschlichen Bedingungen gebaut werden mussten, sind insgesamt ca. 20.000 Menschen »eines gewaltsamen Todes« gestorben. Es ist erwiesen, dass Wernher von Braun nicht nur diese »Produktionsstätte« seiner Waffen kannte, sondern dass er auch, teilweise persönlich, im KZ Buchenwald diese Zwangsarbeiter ausgesucht hat. Von Braun war Mitglied der SS (Mitgliedsnummer: 185.068) und Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer: 5.738.692). Er hatte den Rang eines Sturmbannführers. Im Führerhauptquartier »Wolfsschanze« verlieh ihm Hitler persönlich den Professorentitel und gratulierte ihm zu seinem Erfolg (Quelle: Prof. Rainer Eisfeld: »Mondsüchtig«).

Ca. 80 Prozent der von ihm entwickelten Raketen waren Angriffswaffen, die dem nationalsozialistischen Staat zu seinem »Endsieg« verhelfen sollten. Skrupellos und unter jeder Missachtung der Menschenrechte hat er an diesem Ziel, bis zum bitteren Ende, festgehalten. Er gehörte zum unmittelbaren Führungsstab der militärischen Führungselite des Nazi-Staates. (…) Es ist unerträglich für uns als ehemalige Häftlinge, aber auch für die Nachkommen und Angehörigen der ermordeten Menschen, besonders im Hinblick auf den immer stärker werdenden Rechtsextremismus in ganz Europa, dass eine Schule den Namen eines Täters trägt.

Der Täter und die Lehranstalt

Friedberger Gymnasium bald umbenannt

»Braun-Gymnasium legt Namen ab« meldeten Mitte Dezember regionale Medien und die überregionale »Süddeutsche Zeitung«. Im vergangenen Frühjahr hatte es schon einmal kurzzeitig so ausgesehen, als würde sich beim schwäbischen »Gymnasium mit Nazi-Patron« etwas ändern (vgl. dazu »antifa« März/April 2013, Seite 5: »Abschied vom Raketenpionier?«), aber das verlief, wie schon so oft, im Sande. Auslöser für die Reaktion der Schulleitung war nun eine Reportage im ARD-Magazin »kontraste« vom 12. Dezember (im Internet unter: www.rbb-online.de/kontraste) und deren Echo.

In der Sendung kam eingangs Josef Pröll zu Wort. »Ich frage mich, warum fast 70 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager ein Gymnasium den Namen eines Täters tragen muss«, sagte der Nachkomme der Augsburger Widerstandskämpfer-Familien Nolan und Pröll, der als Vertreter der »zweiten Generation« die Lagergemeinschaft Dachau im Internationalen Dachaukomitee vertritt. »Es ist eigentlich nicht auszuhalten, wenn man an die Opfer denkt, die vielen Opfer…«

Über Opfer und Täter gab es in dem Bericht viel zu erfahren, über KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, die im Zuge der Raketenproduktion des späteren »Vaters der Mondfahrt« im KZ Mittelbau-Dora ihr Leben lassen mussten. Besonders erschreckend aber waren vor diesem Hintergrund Äußerungen von Lehrpersonen an diesem Gymnasium und von Schülern, bei denen deren Pädagogik zu greifen scheint. Da rühmte ein Lehrer Wernher von Braun als Vorbild, weil dieser »rücksichtslos im Bezug auf die Durchsetzung seiner wissenschaftlichen Interessen« gewesen sei, »was es übrigens auch brauchte…« Und aus Schülermund war zu hören: »Okay, es sind auch Leute gestorben, aber für viele Sachen sterben Leute (…), ich finde das nicht so schlimm.«

Ausführlich hatte sich Josef Pröll bereits Anfang Dezember – aus Anlass der bevorstehenden TV-Sendung – in den »Informationen der Lagergemeinschaft Dachau« mit dem Gymnasium befasst. »Schulleiter Bernhard Huber«, schrieb er in der Zeitung der KZ-Überlebenden, »verweist immer wieder auf die ‚pädagogischen Chancen', die dieser Schulname bietet. Seit längerem setzt sich nun der Elternbeirat mit der Frage auseinander, ob Leitbild und Name der Schule zusammenpassen. Kultusminister Spaenle, der auch Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Bayerische Gedenkstätten ist, kommt sinngemäß zu der Meinung, dass die Schulfamilie in einem demokratischen Prozess selbst zu einem Ergebnis kommen müsste. 15 Jahre wird schon diskutiert. … Ein Trauerspiel.«

Die Schule in Friedberg bei Augsburg: Neuer Name überfällig *Foto: Josef Pröll*

Pröll erinnert an die eineinhalb Jahrzehnte, in denen das »Frauenforum Friedberg« sich um eine Namensänderung der Schule bemüht hatte, und an seine Mutter: »Anna Pröll, während der Nazizeit selbst im Zuchthaus und KZ, hatte entscheidend dazu beigetragen, die Diskussion in die Öffentlichkeit zu tragen.« Zu den KZ-Opfern gehörte Josefs Onkel, der Schwager seiner Mutter: »Fritz Pröll wurde noch vor ihr in Augsburg verhaftet: Drei Jahre Einzelhaft im Zuchthaus Landsberg, anschließend KZ Dachau, KZ Natzweiler, KZ Buchenwald und am Ende KZ Mittelbau-Dora. (Er) war Mitglied der ‚Roten Hilfe'. Als Handwerker in der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg, dessen Lohn für sechs Geschwister reichen musste, hatte er den Mut, ‚Nein' zu sagen. Auch im KZ Dora, in dem in unterirdischen Stollen gearbeitet und gestorben wurde, war er Mitglied der internationalen illegalen Widerstandsorganisation und arbeitete im ‚Krankenrevier'. Die Widerstandsorganisation wurde enttarnt. Alle wurden gefoltert. Er wusste zu viel. Um seine Kameraden nicht zu verraten, nahm er sich vorher das Leben. 29 Jahre alt.«

Neben der Resonanz auf die TV-Reportage dürfte nicht zuletzt auch ein Brief des Präsidenten der Lagergemeinschaft Dachau, Max Mannheimer, an den bayerischen Kultusminister dafür gesorgt haben, dass es mit der Umbenennung der Schule jetzt endlich voranzugehen scheint.

Ernst Antoni

Gedenktafel für in der Sowjetunion verfolgte und ermordete deutsche Antifaschisten

Öffentliche Ehrung am historischen Ort

Am 17. Dezember 2013 enthüllten Katja Kipping, Vorsitzende, und Mathias Höhn, Geschäftsführer der Partei Die Linke, die Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus. Zuvor sprach Ursula Schwartz. Sie gehört dem Arbeitskreis zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, deportierten und ermordeten Antifaschisten unter dem Dach der Berliner VVN-BdA an.

»Vor drei Jahren habe ich meine Unterschrift unter den Antrag zur Anbringung einer Gedenktafel für die während des Stalin-Terrors verfolgten und ermordeten deutschen Antifaschisten und Kommunisten gesetzt. Auf den Tag der öffentlichen Ehrung für meine Eltern, ihre Freunde und Genossen habe ich nicht vergeblich gehofft. Die heutige Einweihung dieser Gedenktafel erfüllt mich mit tiefer Genugtuung.

Dass es an diesem historischen Ort geschieht, ist auch für mich persönlich von besonderer Bedeutung. Die Geschichte meiner Eltern und damit auch meine eigene sind verbunden mit diesem Haus. Seit frühester Jugend waren meine Mutter und mein Vater aktiv in der Arbeiterbewegung. Später waren sie in unterschiedlichen Funktionen für die KPD tätig. Als dieser Ort noch Bülowplatz hieß, gehörte mein Vater zu den Genossen, die für die Sicherheit der in diesem Haus arbeitenden Führungskräfte der Partei sorgten.

Parteiauftrag: Nach Moskau!

Das Karl-Liebknecht-Haus war nicht nur die Wirkungsstätte der Parteiführung, es war das Haus der Parteimitglieder, das Zentrum und das Herz der Bewegung. Aus diesem Haus bekamen meine Eltern 1931 den Auftrag, mit meinen zwei Brüdern und mir nach Moskau zu übersiedeln. Dort angekommen, wollten meine Eltern einen Beitrag zum Aufbau des ersten Arbeiter- und-Bauern-Staates leisten. Wir lernten die russische Sprache, schlossen Freundschaften und fühlten uns dem Land und den Menschen rasch zugehörig. Im verhängnisvollen Jahr 37, ich war 16 Jahre alt, wurden meine Eltern und mein ältester Bruder verhaftet. Mit der Rekrutierung meines jüngeren Bruders in die Arbeitsarmee verlor ich den letzten familiären Kontakt. 18 lange Jahre, die ich selbst unter misslichen Bedingungen verbrachte, hatte ich keine Informationen von meinen Angehörigen. Das Jahr 1955 brachte uns, die Überlebenden der Familie, wieder zusammen.

Vielschichtiges Schweigen

Nach 25 Jahren durfte ich endlich in die Heimat, nach Berlin, zurückkehren. Ich nahm an, dass wir – nach den schrecklichen Ereignissen, die wir in der Sowjetunion unschuldig erleiden mussten – Worte der Anteilnahme und des Respekts hören werden. Die Realität war ein andere.

Über die Verbrechen Stalins und die Opfer wurde nicht öffentlich gesprochen. Das Schweigen war vielschichtig und unterschiedlich motiviert. In den Erinnerungen der Familien wirkten die schrecklichen Ereignisse und die Ungewissheit über das tatsächliche Schicksal der Angehörigen über die Jahrzehnte fort und wurden eine schwere Bürde.

Ein schmerzvoller Prozess

Wie eine Befreiung wirkte 1989 die Botschaft des außerordentlichen Parteitags: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.

Wir Nachkommen begannen nach dem Schicksal unserer Angehörigen zu forschen. Es war ein schmerzvoller Prozess: Wir erfuhren von den ungeheuerlichen, konstruierten Anschuldigungen, von erzwungenen Geständnissen, von Massenerschießungen und Massengräbern.

Unser Arbeitskreis sieht es als seine Verpflichtung an, dafür Sorge zu tragen, dass die Schicksale der unschuldigen Opfer nicht vergessen werden, dass ihnen ihre Namen zurückgegeben werden und ihnen ein würdiges öffentliches Gedenken gewährt wird.

Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus *Foto: Die Linke*

In dieser Stunde denke ich an meine Eltern, an meine Brüder, an die Freunde und Genossen meiner Eltern, an die Nachbarn in unserem Leningrader Emigrantenhaus, in dem Antifaschisten aus vielen Ländern Europas vorübergehend ein neues Zuhause gefunden hatten. Keine Familie entging den Verfolgungen der Jahre 1937/38. Allein aus diesem Haus wurden 31 Frauen und Männer erschossen. Der älteste von ihnen war der 53-jährige Anton Kusik, ein Kommunist aus Estland. Das jüngste Opfer war mein Bruder Rudi, er war gerade 21 Jahre alt geworden. Er wurde am 15. Januar 1938 gemeinsam mit unserer Mutter erschossen.

So viele Jahrzehnte sind vergangen. Der Schmerz über den Verlust, über das sinnlose und unmenschliche Leid will nicht vergehen.

Ich wünschte, mein Vater wäre heute hier. Er, der die schrecklichen Jahre im Lager und in der Verbannung für immer tief in seinem Inneren begrub und der seiner Trauer um Frau und Sohn niemals öffentlich Ausdruck verleihen durfte. Ich wünschte, die Freundin meiner Berliner Kinderzeit, Margot Kippenberger, stände heute unter uns. Sie, die so viele Jahre vergeblich um die öffentliche Rehabilitierung ihres Vaters Hans Kippenberger kämpfte, enttäuscht und verbittert die DDR verließ. Ich denke an meine Arbeitskollegin Ilse Kohrt, der man die Rehabilitierung ihres Vaters, Heinrich Meyer, nur mündlich und im Geheimen gewillt war mitzuteilen. Ich denke an Karl Fehler, unserem leider schon verstorbenen Mitglied des Arbeitskreises, den das schwere Schicksal seiner Mutter im sibirischen Arbeitslager ein Leben lang begleitete.

Nun endlich bekommen die deutschen Antifaschisten und Kommunisten, die Opfer des stalinistischen Terrors wurden, an diesem für jene Generation bedeutsamen Ort die ihnen so lange verwehrte öffentliche Ehrung.«

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Antifa – Jour fixe
Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 20. Januar 2014, 18.30 Uhr
Der »Held von Leipzig«

Am 23. Dezember 1933 wurde das Urteil im Reichstagsbrandprozess verkündet. Der zum Tode verurteilte Marinus van der Lubbe wurde am 10. Januar 1934 hingerichtet. Die anderen Angeklagten – die bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff, Blagoi Popow und Wassil Tanew sowie der deutsche Kommunist Ernst Torgler – wurden mangels Beweisen freigesprochen. Dr. Wladislaw Hedeler, Historiker und Publizist, der mit Birgit Schliewenz die im Aufbau-Verlag veröffentlichten Dimitroff-Tagebücher übersetzte, zeichnet Stationen anhand der Eintragungen.
Anfangs schrieb Dimitroff als illegal in Deutschland lebender Politemigrant und Komintern-Funktionär, bis zum 23. Dezember 1933 als Untersuchungsgefangener, dann als vom Gericht Freigesprochener, als international gefeierter »Held von Leipzig«. Als Generalsekretär der KI von 1935 bis zu ihrer Auflösung und zuletzt als Ministerpräsident Bulgariens zeigen sich darin auch die tragischen Haltungen zwischen Loyalität, Ergebenheit und innerem Widerspruch gegenüber dem stalinschen Terror.

Montag, 17. Februar 2014, 18.30 Uhr
Ralf Bachmann liest aus seinem Buch »Die Bornsteins - eine deutsch-jüdische Familiengeschichte«

Was an der Wende zum 20. Jahrhundert wie eine Kleinstadtidylle beginnt, die Geschichte der Ansiedlung jüdischer Familien im vogtländischen Falkenstein, endet in Katastrophen, als die Nazis an die Macht kommen.
Die vier Kinder des Ehepaars Bornstein erleiden nach 1933 alle Varianten jüdisch-deutschen Schicksals: Verlust der Existenzgrundlagen, Flucht ins Ausland, Leben in der Illegalität, Zwangsarbeitslager und Tod im Vernichtungslager.
Ralf Bachmann (*1929), Journalist, der jüngste lebende Enkel, erzählt die dramatischen Geschehnisse und heiteren Episoden.
Er war ADN-Korrespondent in Bonn und Prag und stellvertretender Regierungssprecher in der Regierung Modrow.

Stadtverordnetenversammlung Potsdam beschließt umstrittenes Stiftungskonzept

Instrumentalisierte Gedenkstätte Lindenstr.

Am 4. Dezember diskutierte die Stadtverordnetenversammlung Potsdam die Satzung der zu gründenden »Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße«, die künftig die Gedenkstätte in der Lindenstraße 54/55 betreiben soll. Die Gebäude in der Lindenstraße sind ein wichtiger Ort der Potsdamer Geschichte. Hier tagte die erste Stadtverordnetenversammlung, befand sich das Amtsgericht und Stadtgefängnis, später das Erbgesundheitsgericht und eine Haftanstalt, die als Untersuchungsgefängnis vom Volksgerichtshof genutzt wurde, wurden Menschen wegen Verstößen gegen NS-Gesetze verurteilt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte erst der NKWD, später die Staatssicherheit das Objekt als Untersuchungsgefängnis. Im Bewusstsein der Potsdamer Bevölkerung ist das »Lindenhotel« nur als Stasiknast präsent. Was hier während des Dritten Reiches passierte, wissen nur wenige. Das hängt damit zusammen, dass aufgrund der Nutzung durch die Staatssicherheit in der DDR öffentlich nicht an die Rolle dieses Ortes von 1933 bis 1945 erinnert wurde. Aber auch die Arbeit der nach der Wende eingerichteten Gedenkstätte ist dafür verantwortlich. Verwaltungsmäßig ein Teil des Potsdam-Museums, tobte sich dort inhaltlich vor allem die »Fördergesellschaft Lindenstraße 54« aus, in deren Fokus vor allem die Nutzung durch NKWD und Staatssicherheit stand. Nach und nach wurden »Ausstellungsmodule« erarbeitet, in denen die verschiedenen Nutzungsepochen des Geländes dargestellt werden. Dabei wurde das Modul zur NS-Geschichte als letztes erarbeitet. Veranstaltungen, die in der Gedenkstätte stattfinden, widmen sich schwerpunktmäßig den Jahren 1945 bis 1989, nur selten einmal findet eine Veranstaltung zur NS-Zeit statt. Nicht einmal einen Gedenkort gibt es für die Opfer des Nationalsozialismus, statt dessen soll an der Skulptur »Das Opfer« enthistorisiert und epochenübergreifend allen »Opfern politischer Gewalt im 20. Jahrhundert« gedacht werden.

Zumindest die schlechte ökonomische Ausstattung der Gedenkstätte soll sich nun ändern: Nach der letzten Landtagswahl beschloss die rot-rote Landesregierung, die Gedenkstätte mit jährlich 300.000 Euro zu unterstützen. Dies war für Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) Anlass, die Gedenkstätte aus dem Potsdam-Museum auszugliedern und in eine eigene Stiftung zu überführen. Inhaltlich soll das Potsdamer »Zentrum für zeithistorische Forschung« (ZZF) die Federführung übernehmen.

Das der Weg dann weiter in die bisher schon eingeschlagene Richtung geht, wurde deutlich, als ein erster Entwurf für die neuausgerichtete Gedenkstätte gemeinsam von Hans-Hermann Hertle vom ZZF und der »Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur« Ulrike Poppe vorgelegt wurde. Hertle bezeichnet die Lindenstraße mit Bezug auf die zentrale geschichtspolitische Propagandastätte des ungarischen Orbán-Regimes gern auch mal als das »Potsdamer Haus des Terrors«. In den Prozess der Diskussion um die Zukunft der Gedenkstätte wurden die betroffenen Verfolgtenverbände der NS-Zeit, maßgeblich der Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten, die Opfer der NS-Militärjustiz und die VVN-BdA nur widerwillig und formell einbezogen. Ihre Kritik an der die Arbeit der Gedenkstätte bestimmenden Gleichsetzung von NS-Regime und SBZ/DDR und an der Vernachlässigung der Forschung zur NS-Geschichte des Gebäudes wird abgewehrt, wo es nur geht. Die Landesregierung, die als zukünftiger Finanzier ebenso Verantwortung für das Geschehen trägt, verfolgt gegenüber den Verfolgtenverbänden der NS-Zeit schon seit geraumer Zeit eine Kopf-in-den-Sand-Strategie und verweigert jede Kommunikation über strittige Fragen.

Unter diesen Bedingungen war das Ergebnis der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durchaus vorhersehbar. Nach der Ablehnung von Änderungsanträgen der linksalternativen Fraktion »Die Andere«, die getrennte Beiräte für die Zeit vor und nach 1945 und einen separaten Gedenkort für die Opfer der NS-Justiz forderte, wurde die Satzung von den Fraktionen der regierenden bürgerlichen Koalition und mit einigen Stimmen der Linkspartei beschlossen.

VVN-BdA Kreisverband Potsdam

Januar bis Februar

Hamburger VVN-Termine

20. Januar bis 7. Februar 2014
»Euthanasie« - Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus - Eine Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, mit Unterstützung der Hamburgischen Bürgerschaft. Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa-So 10-13 Uhr. Ort: Hamburger Rathaus, Rathausmarkt 1

Sonnabend, 18. Januar, 16 Uhr
»Spurensuche« - Antje Kosemund auf den Spuren ihrer ermordeten Schwester Irma Sperling. Aufführung einer Rohfassung des Films von Jürgen Kinter mit anschließendem Gespräch von Dr. Michael Wunder (Evangelische Stiftung Alsterdorf) mit Antje Kosemund. Ort: »Alte Küche« der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, Alsterdorfer Markt 5, 22297 Hamburg

Sonntag, 19. Januar, 17 Uhr
Filme »Frankreichs fremde Patrioten - Deutsche in der Résistance« von Frank Gutermuth und Wolfgang Schoen, D 2005, und »Das Widerstandsnest - Ein Dorf hilft den Juden« von Anja Klabunde, D 2000. Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Sonntag, 26. Januar, 13 Uhr
»Gegen das Vergessen« - Esther Bejarano, Steffi Wittenberg und Peggy Parnass im Gespräch über Leben, Tod und Solidarität in Zeiten rassistischer und politischer Verfolgung im Faschismus. Veranstalterin: Auschwitz-Komitee. Ort: Polittbüro, Steindamm 45, 20099 Hamburg

Montag, 27. Januar, 18 Uhr
Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten - Feierstunde der Bezirksversammlung Nord mit Vortrag von Dr. Gottfried Lorenz, Autor, Soziologe, Germanist und Geschichtswissenschaftler: »Verfolgung von Homosexuellen«. Ort: Großer Sitzungssaal, Robert-Koch-Straße 17, 20249 Hamburg

Montag, 27. Januar, 19 Uhr
St. Pauli zum internationalen Holocaust-Gedenktag: Kranzniederlegung an der Gedenktafel Harald-Stender-Platz und Gespräch mit Zeitzeugin Steffi Wittenberg. Ort: Harald-Stender-Platz / Fanräume St. Pauli, 20359 Hamburg

Dienstag, 28. Januar, 19 Uhr
»Lesben - die vergessenen Opfer des Faschismus«. Erinnerung an die besondere Verfolgung lesbischer Frauen durch die faschistische Diktatur. Referentin: Bea Trampenau (Lesbenverein Intervention e. V., Heideruh e. V.). Veranstalter: Magnus-Hirschfeld-Centrum und VVN-BdA. Ort: Magnus-Hirschfeld-Centrum, Borgweg 8, 22303 Hamburg

Mittwoch, 29. Januar, 18 Uhr
Erinnerungsarbeit: Angehörige von »Euthanasie«-Opfern berichten: Helmut Heinze, Elisabeth Sukowski und Antje Kosemund, Moderation: Pastor Hanno Billerbeck (Hamburg-Neuengamme). Ort: Hamburg-Haus Eimsbüttel, Kleiner Saal, Doormannsweg 12, 20259 Hamburg

Donnerstag, 30. Januar, 10-16 Uhr
Gedenkstätte Kolafu: Führungen mit Zeitzeuginnen, auch für Schulklassen gut geeignet. Klassen bitte anmelden: Tel.: (040) 57 14 52 40. Veranstalterin: VVN-BdA Hamburg-Nord. Ort: Gedenkstätte Kolafu, Suhrenkamp 98, 22335 Hamburg

Donnerstag, 30. Januar, 10-12 Uhr
Zeitzeugengespräch: »Vergessen ist Verweigerung der Erinnerung« mit Antje Kosemund. Anmeldung: studienzentrum@kb.hamburg.de , Tel. (040) 428 131 543. Ort: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Studienzentrum, Jean-Dolidier-Weg 75, 21039 Hamburg

Dienstag, 4. Februar, 19 Uhr
VVN-BdA Harburg: Die Geheimdienste im braunen Sumpf. Beispiel: Bundesnachrichtendienst. Ort: Rieckhof, 1. Stock, Rieckhoffstr., Harburg.

Samstag, 8. Februar, 14 Uhr
»Damals bei uns in Groß Borstel« - Erinnerungen an Nazizeit und Krieg. Ein Stadtteilrundgang mit Udo Spengler. Veranstalterin: VVN-BdA Hamburg-Nord. Treffpunkt: Vor der Sparkasse, Ecke Borsteler Chaussee / Brödermannsweg, 22453 Hamburg

Sonntag, 9. Februar, 17 Uhr
Film »Die Gehörlosen in der NS-Zeit« von Helmuth Vogel, D 2013. Der Film setzt sich mit der »Zerstörten Vielfalt« während der NS-Gewaltherrschaft auseinander. Er geht auf die Situation der »gleichgeschalteten« Gehörlosenverbände, der gehörlosen Zwangssterilisierten, der ermordeten gehörlosen Juden sowie der »Euthanasie«-Opfer ein. Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10, 20354 Hamburg

Freitag, 21. Februar, 17 Uhr
Gedenkkundgebung zum 71. Jahrestag für die hingerichteten Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Weiße Rose«. Ort: »Weiße Rose«, am Gedenkstein »Weiße Rose« in Volksdorf , Nähe U-Bahnstation Volksdorf

22. - 23. Februar
Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Hamburg. Inhalt siehe Textkasten (S. 9). Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg-Billstedt

Freitag, 7. März, 19 Uhr
Widerständiges Frauenleben. Veranstaltung zum Internationalen Frauentag über kämpferisches Frauenleben gegen Faschisten und Neonazis. Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a

»Der Opfergang. Eine zeitgenössische Chronik« von Willi Bredel

Am 6. Dezember 2013 ist das erste Hörbuch des Arbeiterschriftstellers Willi Bredel (1901–1964) erschienen.

»Der Opfergang. Eine zeitgenössische Chronik« wird eindrucksvoll gelesen von dem bekannten Schauspieler Rolf Becker. Die Erzählung schrieb Bredel 1944/45 im sowjetischen Exil. Sie schildert vor dem Hintergrund des zweiten Weltkrieges und der Zwangsarbeit im Deutschland der Nazizeit die Liebe zwischen der deutschen Arbeiterin Inge Lee und dem polnischen Zwangsarbeiter Kasimir Koralski im norddeutschen Dorf Himmelpforten und in der Kreisstadt Stade im Jahr 1944. Die Liebesbeziehung wird als »Rassenschande« kriminalisiert und durch die SS mit der Ermordung des polnischen Arbeiters zerstört. Inge Lee wird als »Rassenschänderin« durch Stade getrieben und dann ins Gefängnis geworfen.

Die Erzählung ist von großer Aktualität. Im Booklet des Hörbuchs heißt es dazu: »Die Ausländerfeindlichkeit und der ihr zugrunde liegende Rassismus, die Zerstörung von Moral und sozialer Sicherheit durch Krieg und Sozialabbau, die Zwangsarbeit, die den Charakter von brutaler Ausbeutung und Sklaverei annimmt, die umfassende öffentliche Kontrolle, die vor persönlichen Gefühlen nicht haltmacht und dadurch Angst und Lähmung provoziert – all das sind auch aktuelle Erfahrungen und Gefahren.«

Das Hörbuch ist als Doppel-CD mit einem achtseitigen, informativen Beiheft erschienen und zum Preis von 14,90 € im Buchhandel (ISBN: 978-3-940229-07-6) oder bei der Willi-Bredel-Gesellschaft, Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg, Tel. (040) 59 11 07, E-Mail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de erhältlich.

René Senenko

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinig 20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa,
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183
BIC: HASPADEHHXXX

Unser Mitglied Anke Schulz mit dem Luruper Kulturpreis ausgezeichnet

»Das Entsetzen ist mir weiterhin Ansporn«

Seit 2009 verleiht das Lichtwark-Forum Lurup den Luruper Kulturpreis an Menschen, die sich um diesen Stadtteil verdient gemacht haben. In diesem Jahr erhielt ihn unser Mitglied Anke Schulz.

Eigentlich ist sie Lehrerin, aber sie hat sich als Autorin, Literatur- und Sozialwissenschaftlerin einen Namen gemacht. In ihrem bekanntesten Werk »Fischkistendorf Lurup« (2002, zurzeit leider vergriffen) erzählt sie die Geschichte des proletarischen Stadtteils Lurup zwischen 1920 und 1950, wo viele Arbeitslose in aus Fisch- und Seifenkisten selbst gezimmerten Notunterkünften zu überleben versuchten.

Anke Schulz packt nicht nur die »Fischkisten« an, sondern auch »heiße Eisen«, die mit der NS-Zeit auch in Lurup und den angrenzenden Stadtteilen Einzug hielten. Sie forschte zu Zwangsarbeiterlagern in der Gegend und insbesondere zu dem Lager für Sinti und Roma, das ab 1938 in der Lederstraße in Stellingen bestand. Nach 1940 wurde es mit bis zu 2.000 Gefangenen zu einem der größten Zwangsarbeiterlager Hamburgs. Auf Ankes Initiative wurde 2010 eine Gedenktafel für das Lager in der Lederstraße im Eingangsbereich des Bahnhofs Stellingen angebracht.

Anfang dieses Jahres veröffentlichte Anke Schulz außerdem eine Untersuchung über die Zwangsenteignung der jüdischen Luruper Familie Bondy. Gegenwärtig recherchiert sie für ein Buchprojekt die Lebensläufe von Luruper Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten, die wegen ihres Widerstands gegen die NS-Diktatur nach Amerika auswandern mussten.

Anke Schulz übergibt die Früchte ihrer Recherchen nicht nur in Buchform der Öffentlichkeit, sondern bietet auch Stadtteilrundgänge zu einschlägigen Themen in Lurup und Umgebung an.

In ihrer Dankesrede zur Verleihung des Luruper Kulturpreises sagte sie:

»Wenn ich hier heute diesen Preis bekomme, möchte ich es als Ermutigung für uns alle verstehen, für einander einzustehen, für eine Politik, die ihre Lehren aus der NS-Zeit gezogen hat, die Andersdenkende und Menschen, die nicht der eigenen gewohnten Herkunft entsprechen oder zu entsprechen scheinen, mit Respekt und Toleranz begegnet, die für menschliche Lösungen eintritt. Angesichts der breiten Solidarität in der Hamburger Bevölkerung für die Lampedusa-Flüchtlinge habe ich die Hoffnung auf einen tiefgehenden Wandel in unserer Gesellschaft, an dem auch wir hier in Lurup mit zahlreichen Initiativen und Engagements beteiligt sind.«

tsy

v.l.n.r.: Marianne Paszeitis (Laudatorin), Jutta Krüger (Lichtwark-Forum Lurup e.V.), Anke Schulz *Foto: Geschichtswerkstatt Lurup*

Schüler demonstrierten für Bleiberecht

Rund 3500 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 12. Dezember in der Hamburger Innenstadt während des Unterrichts für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge. Diese Zahl ist umso erstaunlicher, als dass es nur ein sehr kleines Organisationsteam gab. Auf den Transparenten las man Losungen wie »Welcome Lampedusa« und »Kein Mensch ist illegal«. Einer der Demonstranten sagte laut »Morgenpost«: »Wir verkaufen Waffen in die Krisengebiete und tragen damit auch eine Schuld an der Situation der Flüchtlinge.« Sanktionen befürchten die Schüler nicht. Viele Lehrer/innen und die Gewerkschaft GEW hatten die Demonstration unterstützt.

Leider ist die Solidarität der rund 300 Flüchtlinge untereinander am Bröckeln. Etwa ein Viertel von ihnen hat inzwischen bei der Ausländerbehörde vorgesprochen, ihre Identität angegeben und Duldung beantragt.

Hans-Joachim Meyer

Steffi Wittenberg berichtete aus ihrem Leben

Anlässlich der Reichspogromnacht erlebten etwa 180 Oberstufenschüler/innen der Lessing-Stadtteilschule in Harburg im November eine Geschichtsstunde der besonderen Art. Unsere Kameradin Steffi Wittenberg, die während der Nazizeit ins Exil nach Uruguay ging, schilderte aus eigener Erfahrung, welche Repressalien die jüdische Bevölkerung unter den Nazis erdulden musste. Als Jüdin durfte sie auf der Eisbahn in Planten un Blomen nicht Schlittschuh laufen, auch an Klassenreisen durfte sie nicht teilnehmen. Inzwischen habe sie, so der »Neue Ruf« vom 16.11.13, auch wieder eine Art Heimatgefühl in Deutschland. Aber dass Deutschland bei irgendeiner WM Weltmeister werden wird, möchte sie bis heute nicht.

hjm

Einladung zur Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Hamburg

22. Februar 2014, 10.30 Uhr bis ca. 20 Uhr (inklusive Kulturprogramm) und 23. Februar 2014, 10-17 Uhr

Das sind die geplanten Inhalte unserer etwas anderen Landesdelegiertenkonferenz:

- Die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) - Eine Herausforderung rechts von der CDU? Vortrag und Diskussion von und mit dem Rechtspopulismusforscher Alexander Häusler vom »Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus« der Fachhochschule Düsseldorf (Alexander Häusler hat u. a. eine Studie über die AfD für die Heinrich-Böll-Stiftung erstellt).
- Außerdem veranstalten wir mit Kooperationspartnern der VVN-BdA Hamburg einen Infomarkt, der uns Gelegenheit gibt, deren aktuelle Aktions- und Themenschwerpunkte näher kennen zu lernen.
- Rückblick auf die letzten drei Jahre der VVN-BdA in Hamburg
- Workshops, vertiefender Austausch und Antragsdiskussion
- Organisationswahlen

...und ein Kulturprogramm am 22. Februar ab ca. 17.30 Uhr. Voraussichtlich treten die Rapper »One Step Ahead« aus Steilhoop, Dirk und Peter und die Songgruppe Hamburg auf.

Ort: Kulturpalast Hamburg, Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg-Billstedt

Ein Ergebnis der Landesversammlung der hessischen VVN-BdA

Vorhaben Workshop

Die Landesversammlung der hessischen VVN, die am 30. November im Frankfurter Gewerkschaftshaus stattfand, hätte besser besucht sein können. Für die Teilnehmer/innen hatte die Versammlung einen durchaus inhaltsreichen und erfolgreichen Verlauf.

Am Beginn standen die notwendige Konstituierung der Versammlung und das Gedenken an die in den vergangenen drei Jahren verstorbenen Kameradinnen und Kameraden. Danach gab Helge von Horn vom hessischen Beratungs-Netzwerk gegen Rechtsextremismus einen informativen Überblick über den aktuellen Zustand und die Erscheinungsformen der Neonazis und Rechtsextremisten in Hessen. Abschließend betonte der Referent, wie wichtig öffentliches Entgegentreten und eine starke Zivilgesellschaft seien.

Schwerpunkte des zweiten Teils der Landesversammlung waren die Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte des Landessprecher/innen-Rates, der Kassiererin und der Revision. Nach mündlichen Ergänzungen und einer kurzen Diskussion folgte die Entlastung.

Auf besonderes Interesse stieß dann die Diskussion über die künftige Arbeit des Landesverbandes. Zustimmung fand der Vorschlag, im neuen Jahr einen Workshop zu veranstalten, der sich mit den Schwerpunkten und Zielsetzungen der Arbeit des Landesverbandes beschäftigen soll. Von ihm werden entsprechende Vorschläge und Vorhaben erwartet.

Einige Anregungen gab es bereits auf der Landeskonferenz. Verstärkt vor allem in der Fläche solle mit der Neofa-Ausstellung gearbeitet werden; außerdem sollten landesweite Themen-Konferenzen angeboten werden. Der Landesverband müsse sich stärker bemerkbar machen, auch in den sozialen Medien.

Die anschließend an diese Diskussion stattgefundenen Wahlen des neuen Landessprecher/innen-Rates, der Kassiererin, der Vertretung Hessens im Bundesausschuss der VVN und der notwendigen Kommissionen des Landesverbandes erfolgten in allen Wahlgängen einstimmig. Immerhin kam es zu einigen personellen Neubesetzungen und Erweiterungen (siehe Kasten Wahlergebnisse).

Zu Interesse und Beteiligung an den Endformulierungen führten die vom Landesausschuss (in einem Fall gemeinsam mit der Kreisvereinigung Kassel) vorgelegten Anträge, die nach entsprechender Diskussion ebenfalls einmütig angenommen wurden (Über den Inhalt informieren wir an anderer Stelle). Grußschreiben an die Landesversammlung richteten der DGB-Vorsitzende von Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, und der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-45. Beide betonten die Verbundenheit mit der VVN-BdA.

Mit Bundessprecher und FIR-Generalsekretär Ulrich Schneider, der auch aktives Mitglied der hessischen VVN ist, hatte die Landesversammlung einen kompetenten Redner für das Schlusswort gewonnen, mit dem die ergebnisreiche Landesversammlung zu Ende ging.

P. C. Walther

Voraussichtlich schon im März 2014

Landesausschuss und Landessprecher/innen-Rat haben sich in ihrer konstituierenden Sitzung am 16. Dezember auch mit dem Vorschlag der Landesversammlung befasst, einen Workshop durchzuführen, der sich mit Überlegungen zur Verbesserung und Verbreiterung der Arbeit des Landesverbandes beschäftigt. Dieser Workshop soll nach Möglichkeit bereits im März stattfinden.

Ideen und Wünsche für den Workshop sollen vor allem aus den Kreisvereinigungen kommen. Sie sind nunmehr aufgefordert, sich dahingehend zu äußern.

Auch der Landesausschuss wird sich mit entsprechenden Vorstellungen befassen. Es soll jedoch kein geschlossenes, sondern ein offenes Konzept entworfen werden. Die endgültigen Entscheidungen sollen bei Beginn vor Ort getroffen werden. Alles, was auf Landesebene zur Verbesserung und Verbreiterung der Arbeit des Gesamtverbandes führen kann, soll diskutiert werden.

Forderungen der VVN-Landesversammlung an Landtag und Landesregierung

Was von Wiesbaden erwartet wird

Erwartungen an die neue hessische Landesregierung und an die Abgeordneten des neu gewählten hessischen Landtages äußerte die Landesversammlung in den beschlossenen Anträgen:

Sie moderierten und protokollierten die Landesversammlung (von links nach rechts): Peter Christian Walther, Doris Fisch und Dieter Bahndorf (Protokoll). *Foto: Mike Yu*

Die hessische VVN-BdA erwartet »wirksame Aktivitäten gegen Neonazis, Rassisten und Antisemiten« sowie »eine uneingeschränkte und dauerhafte Unterstützung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren«. Dazu gehöre, dass die Mittel für Beratungsstellen und Initiativen nicht gekürzt werden.

Ebenso erwartet die VVN von der Landesregierung und von den Abgeordneten des neuen Landtages, »dass sie alles unternehmen, um eine menschenwürdige und menschenfreundliche Flüchtlingspolitik zu praktizieren«. Diese Zielsetzung gehöre »auch in das Koalitionsabkommen, das gegenwärtig ausgehandelt wird«. Das wäre nach Ansicht der Landesversammlung zugleich »ein deutliches Signal gegen rechtspopulistische und neofaschistische Stimmungsmache, wie sie auch in Hessen zu verzeichnen ist«.

Die Verfolgten des Naziregimes seien froh und dankbar gewesen, »wenn sie die Möglichkeit fanden, in einem anderen Land Zuflucht zu finden und aufgenommen zu werden«. In Erinnerung daran erwarte man, »dass Menschen, die ihre Heimat aus Not, Verzweiflung oder Verfolgung verlassen«, hierzulande, »einem der reichsten Länder der Welt, willkommen geheißen, anständig aufgenommen und menschenwürdig behandelt werden«.

Die ebenso provokanten wie hanebüchenen Erklärungen des hessischen Verfassungsschutzamtes im Zusammenhang mit einer Klage von Silvia Gingold gegen das Verfassungsschutz-Landesamt (siehe Seite 8 im Hauptteil dieser »antifa«) nahm die Landesversammlung zum

Fortsetzung Seite 11

Heftige Debatten in Kassel / Konsequenzen sind notwendig

OBs mit Nazi-Vergangenheit

In Kassel gibt es eine öffentliche Debatte über die verdrängte Vergangenheit der ersten Oberbürgermeister der Stadt nach dem Krieg. Alle waren vor 1945 Mitglieder in NS-Organisationen.

Besonders problematisch stellt sich der Fall Karl Branner (1910 – 1997) dar. Branner war als SPD-Politiker von 1963 bis 1975 Oberbürgermeister der Stadt Kassel. In dieser Zeit erwarb er sich zweifellos einige kommunalpolitische Verdienste. In der Folge erhielt er eigentlich alle Ehrungen, die die Stadt bieten kann: Ehrenbürgerschaft, eine Halle im Rathaus und eine neu gebaute Fußgängerbrücke über die Fulda wurde nach ihm benannt. Da er sich auch für den Aufbau der Gesamthochschule Kassel stark gemacht hatte, wurde er 1984 auch Ehrensenator der GhK, heute Universität Kassel. Durch Forschungen an der Universität Kassel zum 1100-jährigen Stadtjubiläum zum Thema: »Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeit in der Stadtpolitik nach 1945« wurde jedoch bekannt, dass dieser hochgeehrte und durchaus populäre Lokalpolitiker 1933 als Jura-Student der NSDAP beitrat und 1937 mit politisch fragwürdigen Thesen bei dem ausgewiesenen Nazi-Ökonom Klaus Wilhelm Rath promovierte. Nach dem Studium wurde er Soldat und geriet 1945 in Jugoslawien in Kriegsgefangenschaft. Dort soll er im Antifa-Komitee mitgewirkt haben. Ob dies jedoch eine überzeugte Abwendung von seiner bisherigen NS-Haltung war oder eher eine opportunistische Anpassung an die Umstände, lässt sich heute nicht mehr sagen. Klar ist jedoch, dass sich Branner nach seiner Rückkehr nach Kassel nicht mehr zu seiner NS-Vergangenheit äußerte. Und so wurde er 1963 für zwölf Jahre Oberbürgermeister der Stadt.

Dieter Beig, stellvertretender Fraktionsvorsitzende der Grünen, fragte nach, wie es die damalige Stadtgesellschaft tolerieren konnte, dass trotz eindeutiger Vorgaben der Militärregierung und ihrer deutschen Nachfolgekommissionen NS-Belastete in hauptamtliche Positionen gelangen konnten. Oberbürgermeister Bertram Hilgen banalisierte in einem Zeitungsinterview mit dem Hinweis: »Nicht alle Bürgermeister waren Widerstandskämpfer« die Vorwürfe, kündigte jedoch gleichzeitig an, eine externe Forschergruppe solle die Vorwürfe noch einmal überprüfen, bevor die Stadt Entscheidungen treffe.

Damit waren jedoch zahlreiche Bürger nicht einverstanden. Sie kritisierten in einem Offenen Brief, dass der OB es offenbar allen gleichzeitig recht machen wolle: »den ehemaligen Widerstandskämpfern und Verfolgten, der Mehrheit derer, die geschwiegen haben oder zum Schweigen gezwungen wurden, und denen, die der Nazi-Diktatur aus Überzeugung gedient und von ihr profitiert haben. Zu letzteren zählt zweifelsfrei Ex-OB Branner.« Die VVN fordert als Konsequenz, die städtischen Ehrungen der Person Branners zu revidieren.

Ulrich Schneider

Fortsetzung von Seite 10

Anlass, sich »gegen die fortgesetzte ungerechtfertigte Bespitzelung und Denunziation der VVN-BdA und ihrer Mitglieder« zu wenden.

Die VVN erwartet von den Abgeordneten des neu gewählten hessischen Landtages, dass sie entsprechend tätig werden. Auch die neue Landesregierung habe »die Aufgabe, die hessische Verfassung zu wahren und die darin enthaltenen Freiheitsrechte zu schützen«. Die Tätigkeit des hessischen Verfassungsschutzes sei »damit unvereinbar«.

Unterstützt wurde von der Landesversammlung auch der Appell führender Persönlichkeiten jüdischer und weiterer Organisationen, mit dem vom neu gewählten Bundestag alsbald Beschlüsse zur Entschädigung aller noch lebenden Opfer des Naziregimes gefordert werden.

Ausdrücklich genannt werden in dem »Aufruf zur Verantwortung« die Antragsteller der »Ghetto-Renten«, die sowjetischen Kriegsgefangenen, die Euthanasie-Opfer und Zwangssterilisierten, verfolgte Homosexuelle sowie Sinti und Roma. Die »tagtägliche Gewalt in Wort und Tat gegen Juden, Muslime, Homosexuelle, Migranten und Flüchtlinge« mahne: »Dieser Staat muss mehr tun, um seiner Verantwortung gerecht zu werden.«

Den Fraktionen des hessischen Landtages und den Führungen von CDU und Grünen, die die neue Landesregierung bilden wollen, wurden die Forderungen der Landesversammlung zugestellt. ***pcw***

Wahlergebnisse der Landesversammlung

Mitglieder des Landessprecher/innen-Rates (Landesvorstand): Dieter Bahndorf (Frankfurt), Rolf Heinemann (Kelkheim), Barbara Leissing (Mühlheim), Cornelia Roch (Darmstadt), Rosemarie Steffens (Langen), Peter Christian Walther (Frankfurt).

Kassiererin: Monika Kanzler-Sackreuther

Mitglied im Bundesausschuss: Peter Christian Walther; Stellvertretung: Dieter Bahndorf und Doris Fisch.

Revisionskommission: Otti Altmann, Jan Stemme.

Beschwerdekommission: Christoph Jetter, Anne Kahn, Horst Koch-Panzner.

Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Neu in den jeweiligen Funktionen sind: Rosi Steffens, Doris Fisch, Otti Altmann, Christoph Jetter und Anne Kahn.

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

Erfolgreicher Protest

Gegen die angekündigte Beseitigung des Mahnmals gegen neonazistische Gewalt auf dem Frankfurter Hülya-Platz (siehe vorige »antifa«) hat die Frankfurter VVN-BdA in einem Schreiben an Oberbürgermeister Peter Feldmann protestiert. Offenbar unter dem Eindruck auch weiterer Proteste (darunter das Stadtteilparlament) hat die Stadtverwaltung erklärt, das Mahnmal könne stehen bleiben. Der OB dankte der VVN für ihren Einsatz, der erheblich zur Erhaltung des Mahnmals beigetragen habe.

Neue Wege der Erinnerungsarbeit

»Neue Wege des Erinnerns suchen« lautet ein wichtiges Thema der Tagung des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-45. Sie findet am 24. Januar 2014 (ab 13 Uhr) bis 25. Januar (9.30 bis 18 Uhr) in der Frankfurter Goethe-Universität (Renate-von-Metzler-Saal, Campus Westend, Grüneburgplatz 1) statt. Das anderthalbtägige Seminar befasst sich mit der Zukunft der Gedenk- und Erinnerungsarbeit. Zu den Mitwirkenden gehören Wissenschaftler und Praktiker der Erinnerungsarbeit.

Anmeldung unter studienkreis@widerstand-1933-1945.de oder über Postadresse: Studienkreis, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main. Teilnahmegebühr 25 Euro (ermäßigt 15 Euro).

Mitgliederversammlung

Die VVN-Kreisvereinigung Frankfurt/Main lädt zu einer Mitgliederversammlung für Donnerstag, den 13. Februar 2014, um 18.30 Uhr ins AWO-Zentrum Nordend (Eckenheimer Landstr. 93) ein.

Aufstehen, Widersetzen und ein Eklat in Wunstorf

Antifaschistisches Chörefestival

Anläßlich des 85. Jahrestages der Reichspogromnacht hatte der DGB-Chor Hannover zum dritten antifaschistischen Chörefestival unter dem Motto »Aufstehen und Widersetzen« eingeladen. Diesem Ruf folgten insgesamt 32 Chöre aus ganz Norddeutschland und den Niederlanden sowie der baskische Chor »Urdaibai Kantagunea« aus der im Spanischen Bürgerkrieg von den deutschen und italienischen Faschisten schwer bombardierten Stadt Guernica. Was dann am 9. und 10. November in den Räumen des Historischen Museums Hannover, im Kulturzentrum »Faust« in Linden und in der Wunstorfer Stadtkirche geboten wurde, konnte sich sehen und hören lassen.

Insgesamt erhoben 800 Sängerinnen und Sänger ihre Stimmen gegen den braunen Ungeist. Dabei gab es nach kurzer Zeit kein Halten mehr. Singend, tanzend und rezitierend verwandelte sich das sonst so nüchtern wirkende Historische Museum in eine swingende, summende große Bühne. Am Nachmittag sollte es dann auf die gleiche Weise im Kulturzentrum »Faust« weitergehen. Zu hören waren u. a. die »Mauthausen-Kantate« des großen Mikis Theodorakis, vorgetragen vom Arbeiterchor »Projekt 4. Mei« aus Hengelo in den Niederlanden und seinem Partnerchor »Lega« aus Delmenhorst – ein Hörerlebnis, das im wahrsten Sinne des Wortes unter die Haut ging. Des Weiteren präsentierten sich bekannte und qualitativ hochwertige Gewerkschaftschöre wie der DGB-Chor Hannover, der IG-Metall-Chor aus Wolfsburg, der Chor Hamburger Gewerkschafter und der Gewerkschaftschor Osnabrück. Mit den Darbietungen des Oldenburger Bundschuhchors, des Glockseechors Hannover sowie der Formation der Musikhochschule Hannover »Swing it«, die eine Christopher-Cross-Adaption von »Ride like the wind« bot, nach der man hätte tanzen können, wurden mit kritischen und fröhlichen Gesangsdarbietungen dem braunen Sumpf nicht nur die Flötentöne beigebracht.

Willkommen, ihr Basken! ***Foto: Mechthild Hartung***

Ein besonderes Erlebnis aber war es für alle Kolleginnen und Kollegen des DGB-Chores Hannover, zu denen auch der Autor vorliegender Zeilen zählt, mit unserem neuen Partnerchor »Urdaibai Kantagunea« aus Guernica zu singen. Die 70 Kolleginnen und Kollegen steckten uns mit ihrer Leidenschaft an. Sie sind ein eminent politischer Chor, der sich spontan 1980 während einer Demonstration gegen das Verbot einer linken Studentenzeitung gründete. Da es den Menschen im Baskenland zu dieser Zeit verboten war, zu demonstrieren, gingen sie singend durch die Straßen. Auf diese Art und Weise entstand »Urdaibai Kantagunea« ganz spontan.

Der Chor besteht aus 120 Kolleginnen und Kollegen, von denen siebzig gemeinsam mit uns in Hannover und Wunstorf auftraten. Gemeinsam sangen wir auf baskisch und deutsch antifaschistische Lieder wie »Der morsche Pfahl«, »Txori, Txori« und »Die Moorsoldaten«. Bei den ersten beiden Liedern handelt es sich um Lieder gegen die Unterdrückung durch das Franco-Regime. So symbolisiert »Der morsche Pfahl« den Faschismus, der umgestürzt werden muss, »Txori, Txori«, einen eingesperrten Vogel, hinter dem man die Unterdrückung des baskischen Volkes selbst erkennt. Wurde der letzte baskische Gefangene aus der Zeit des Faschismus 1977 entlassen, so sitzen mehr als 600 baskische Freiheitskämpfer seit dem Ende des Franco-Regimes in spanischen Gefängnissen.

Waren schon die Auftritte am 9. November in Hannover ein großer Erfolg, so sollte sich dies am nächsten Abend in der Stadtkirche Wunstorf wiederholen. Leider kam es zu zwei Ereignissen, die diesen Erfolg bitter schmecken lassen. Unsere baskischen Sangeskolleginnen und -kollegen aus Guernica hatten den Wunsch geäußert, auf dem Fliegerhorst Wunstorf, der in allen Kriegen des deutschen Imperialismus bis heute neben dem Flughafen Leipzig das wichtigste Flugdrehkreuz ist, eine restaurierte »Ju 52« zu besichtigen, mit der ihre Stadt 1937 in Schutt und Asche gelegt wurde. Wunstorf hatte als Fliegerhorst dabei eine Schlüsselrolle. Es war der Ausbildungsort für Nazipiloten und Standort des Kampfgeschwaders 88, das wesentlich an der Bombardierung Guernicas mit Behelfsbombern vom Typ Ju 52 beteiligt war. Vermittelt hatte den Kontakt zum Fliegerhorst der Schriftsteller und Historiker Hubert Brieden, der sich in seinen Büchern immer schon kritisch zu den Verbrechen des deutschen Faschismus, insbesondere der Luftwaffe und der »Legion Condor« im Spanischen Bürgerkrieg, geäußert hat. Daraufhin entschieden der Standortkommandeur und der Leiter des Militärmuseums, dem kritischen Historiker Hausverbot zu erteilen. Aus Solidarität mit Hubert sagten unsere baskischen Kolleginnen und Kollegen den Besichtigungstermin ab.

Bei der Begrüßungsrede am Abend in der Stadtkirche stieß der Wunstorfer Bürgermeister beinahe in das gleiche Horn. Er brauchte eine Weile, bis er sich zu dem Satz durchgerungen hatte: »Ich schäme mich für die Gräueltat, die Ihrer Stadt zugefügt wurde.« Zuvor jedoch pries er nicht nur seine Stadt, sondern auch den Fliegerhorst und wie wichtig es sei, dass dort demnächst der neue Transporter Airbus A 400M stationiert würde. Was den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg betraf, so seien wir Deutsche schließlich auch Opfer gewesen. Es fielen Namen wie Dresden, Hamburg, Düsseldorf, Köln. Er verharmloste die Rolle der »Legion Condor« im Spanischen Bürgerkrieg und outete sich schließlich als Reserveoffizier der Bundesluftwaffe. Wir vom DGB-Chor schüttelten die Köpfe, eine Kollegin rannte wütend raus mit den Worten »Das höre ich mir nicht länger an«, die Basken schauten nach der Übersetzung peinlich berührt drein und viele Wunstorfer Bürgerinnen und Bürger in der Stadtkirche betreten zu Boden oder zur Decke. Ob sie auf die Hilfe einer höheren Macht hofften, dem peinlichen Erlebnis ein Ende zu bereiten, vermag der

Fortsetzung Seite 13

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Fortsetzung von Seite 12

Autor dieser Zeilen nicht zu sagen. Aber beide Ereignisse zeigen wieder einmal: Der deutsche Militarismus gibt sich unverändert – seit 1999 führt er schließlich wieder Krieg an vielen Fronten und Wunstorf als Luftdrehkreuz damals wie heute mittendrin! Im weiteren Verlauf des Abends rächte sich der DGB-Chor mit jenem Lied der Gruppe »Ton, Steine Scherben«, in dem es am Ende heißt: »In dem Land, in dem wir wohnen, sind aber ein paar Millionen/ Wenn die sich erst mal einig sind, dann weht bald ein ganz anderer Wind/ Dann werden sie nicht mehr lachen, sondern sich auf die Socken machen/ In die Südsee oder ins Tessin/ Der Teufel weiß, am besten, wohin/ Und genau das wird passieren, wenn wir uns organisieren/ Und genau das wird passieren!« In der Kirche brandete tosender Applaus auf. Einige Leute erhoben sich. Der Reserveoffizier-Bürgermeister aber saß mit versteinertem Gesichtsausdruck in der Bank. In »Küsters Hof«, einer Kneipe in der Nähe des Wunstorfer Bahnhofs, fand der Abend einen fröhlichen Ausklang! Kaum hatten beide Chöre den Raum gestürmt, brandete machtvoll die »Internationale« auf baskisch und deutsch durch den Raum.

Wir haben neue Kollegen, Freunde, Genossen gewonnen. Die Einladung nach Guernica steht!

Joerg Lorenz

Presseerklärung der VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Kreisvereinigung Braunschweig

Stadt verweigert Antifaschistin Gedenkstein

Eine unserer Aufgaben ist es, in geschichtlicher Aufarbeitung der Menschen ehrend zu gedenken, die im Faschismus verfolgt wurden und gelitten haben.

Im Jahr 2010 erwarb die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Landesvereinigung Niedersachsen, die Grabstelle ihres im Jahr 1949 verstorbenen Mitgliedes Minna Faßhauer, um sie der Vergessenheit zu entreißen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte sie 1918 zur Volkskommissarin für Volksbildung gewählt. Als Ministerin brachte sie wichtige Neuerungen im Schulwesen auf den Weg, die bis heute Gültigkeit haben. Die Trennung von Staat und Kirche wurde bis heute noch nicht vollständig umgesetzt.

Den Aufruf der Arbeiterorganisationen zum Generalstreik gegen den unter Kapp-Lüttwitz-Ludendorff erfolgten Putsch zur Beseitigung der Reichsregierung und der jungen Weimarer Republik wurde auch in Braunschweig gefolgt, so auch von Minna Faßhauer.

Die Mitwirkung an den damals in Braunschweig erfolgten Sprengstoffanschlägen wurde Minna Faßhauer zur Last gelegt. Obwohl es keine Beweise gab, wurde sie verurteilt.

Der jetzt erhobene Vorwurf, sie würde die Demokratie ablehnen, ist so nicht haltbar, denn sie war eine Verfechterin der Basisdemokratie. Solch ein Modell hält selbst die Kanzlerin Frau Merkel heute für die CDU machbar.

Im Prozess »Gegen Schade und Genossen« 1935 wurde sie mit angeklagt, konnte aber nicht verurteilt werden. Nach der »Schutzhaft« im Gefängnis Rennelberg wurde die damals 60-Jährige in das Frauen-KZ Moringen überführt.

Nach 1945 war Minna Faßhauer bis zu ihren Tod wieder politisch aktiv.

Der Gedenkstein wurde von dem Kulturschaffenden Tobias Vergin gestaltet (Foto), der den mit dem Amt für Stadtgrün abgestimmten Antrag zur Aufstellung im Februar 2013 stellte.

Dieser Antrag wurde aus formalen Gründen auf Nachfrage im November 2013 vom Amt abgelehnt.

Die Ehrung von Frauen in Braunschweig, deren Tun Anerkennung findet, sind rar. Doch nach Prinzessinnen sind Straßen und Plätze benannt. Gerade bei den Personen, für die sonst nur die Leistung zählt, reicht bei den Hochwohlgeborenen allein die Geburt als Würdigung.

Die VVN/BdA hält es für einen Skandal, dass eine vom Faschismus verfolgte Braunschweigerin, die Zeit ihres Lebens für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Braunschweiger Menschen eingetreten ist, nicht gewürdigt wird. Mehr noch: Von der Stadtverwaltung wird sie kriminalisiert, gedemütigt und verhöhnt.

Gedenkfeier für Kurt Willkomm (1905-1933)

Kommunist und Antifaschist

Am 16. November 1933 verstarb der Antifaschist und Kommunist Kurt Willkomm nach tagelangen grausamen Folterungen durch die Gestapo in Hannover. Sein Leichnam wurde auf dem Stadtfriedhof Ricklingen verscharrt. Willkomm hatte bis zur Zerschlagung der legalen Parteistrukturen als Redakteur und Mitglied der KPD-Bezirksleitung Niedersachsen gearbeitet. Danach beteiligte er sich bis zu seiner Verhaftung an der Reorganisation der Partei im Untergrund.

Nach der Zerschlagung des Faschismus erhielt Willkomm in Ricklingen ein Ehrengrab. Im Stadtteil Mühlenberg wurde ein Weg nach ihm benannt. Ein Stolperstein erinnert an seinen letzten Wohnsitz. Das Ehrengrab wurde allerdings jahrelang nicht gepflegt und war schwer aufzufinden.

Eine Initiative aus verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit dem Projekt Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover nahm nun zur Erinnerung an den 80. Todestag die Vorbereitung einer Gedenkveranstaltung in Angriff. Dazu wurde die Gedenktafel auf dem Grab restauriert. Für die Zukunft wird die Möglichkeit einer Patenschaft einer benachbarten Gesamtschule für das Ehrengrab geprüft.

Zu der Gedenkfeier versammelten sich dann etwa 40 Menschen. Zwei Enkeltöchter aus der Verbindung von Kurt Willkomm mit seiner Verlobten Margarete Nagel (Höll) und weitere Angehörige waren als Ehrengäste angereist. Eine Musikgruppe spielte und sang Lieder aus dem antifaschistischen Widerstand. In mehreren Redebeiträgen wurde an die Lebensleistung und das Schicksal Kurt Willkomms erinnert.

Rwk

Ehrengrab von Kurt Willkomm in Ricklingen, 16.11.2013

Foto: Friedensbüro Hannover

DISS-Colloquium in Würzburg

Kann der Kapitalismus demokratisch sein?

Politik müsse »heute mehr denn je auch mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden«, schrieb Rolf E. Breuer als ehemaliger Chef der Deutschen Bank um die Jahrtausendwende und wies den Finanzmärkten eine »Wächterrolle« als quasi fünfter Gewalt zu. Jüngst assistierte Angela Merkel, indem sie das Budgetrecht des Parlaments als Mitbestimmungsrecht deklarierte, das doch gefälligst »marktkonform« gehandhabt werden sollte. »Hände falten, Goschen halten«, so drastisch beschrieb ein österreichischer Nationalratsabgeordneter die Konsequenzen für die Ausübung des Budgetrechts durch die Abgeordneten.

Die Regierenden treibt zunehmend die Sorge um, die real existierende »parlamentarische Demokratie« könne sich als hinderlich für die Bewältigung der europäischen Krise nach Maßgabe neoliberaler »Spar«-Politik zu Lasten der Armen erweisen. Damit wird der historische Zusammenhang zwischen Kapitalismus und bürgerlich-liberaler und sozialstaatlich verfasster Demokratie, wie er sich nach 1945 herauskristallisierte, zur Disposition gestellt.

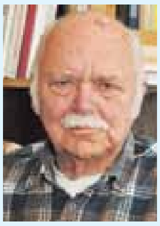
Um sich dem entgegen zu stellen, veranstaltete DISS Duisburg – das antifaschistische und antirassistische Institut für Sprache und Sozialforschung – im fernen Würzburg (in NRW gab's dafür keine Mittel) ein Colloquium zur Frage »Kapitalismus und/oder Demokratie«. Die meisten Diskutanten kamen zum Ergebnis, das sich in einer attac- und occupy-Losung wiederfindet: »Ihr wollt Kapitalismus ohne Demokratie – wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus«.

Die »Entkoppelung von Demokratie und Kapitalismus unter gleichzeitiger Beibehaltung ihrer formalen Funktionsmechanismen« treibt immer mehr Bürgerinnen und Bürger um. Das Colloquium widmete einer emanzipatorischen Perspektive ein Angebot von Re-Demokratisierung von Politik. Ohne »öko-soziale Wirtschaftsdemokratie als Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft und damit der Gesellschaft« könne die Zukunft nicht in Freiheit gestaltet werden, war ein weiterer roter Faden der Diskussion. Denn die globale Finanzkrise ist nicht nur eine ökonomische Krise, in ihr offenbart sich auch eine Krise der Demokratie. Ein mögliches Projekt wäre die grundlegende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche einschließlich der Wirtschaft.

In Teilen der Gewerkschaften und der kritischen Wissenschaft hat eine Debatte über eine Revitalisierung und Aktualisierung des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie begonnen. In ver.di wurde, nach Diskussion des Themas auf dem ver.di-Bundeskongress 2011, eine AG Wirtschaftsdemokratie eingerichtet. Diese entwickelt Vorschläge für ein wirtschafts-demokratisches Konzept. Es sollen Grundprinzipien und Kernprojekte eines wirtschaftsdemokratischen Konzepts vorgestellt werden. Darüber berichtete Dr. Martin Beckmann, Gewerkschaftssekretär beim Ver.di-Hauptvorstand in der Abteilung Politik und Planung.

Ulrich Sander

»Club Voltaire« in Dortmund



Heiner Halberstadt, Jahrgang 1928, ist kürzlich auf Einladung verschiedener Organisationen, darunter die VVN-BdA, erstmals in die Stadt seiner Kindheit und Jugend Dortmund zurückgekehrt. Er sprach über den 9. November 1938 und das Erleben des Kriegsendes in Nord- und Westdeutschland. Der linke Frankfurter Antifaschist und Zeitzeuge, Mitbegründer des »Club Voltaire«, beeindruckte sein Publikum außerordentlich. Heiner Halberstadt erklärte sich bereit, auch auf anderen Veranstaltungen zu sprechen und seine Texte vorzulesen. Ein Buch ist in Vorbereitung. Interessenten wenden sich an nrw@vvn-bda.de.

VVN-BdA Aachen schuf Konzept zum Jahrestag

Von der besonderen deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg

Die VVN-BdA Aachen hat sich intensiv mit dem bevorstehenden 100. Jahrestag des Kriegsbeginns von 1914 beschäftigt. In einem erarbeiteten Papier wird auf eine problematische Tendenz verwiesen: »Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass in der Rezeption des Ersten Weltkrieges die besondere deutsche Schuld geleugnet oder nivelliert wird.«

Die »Parlament«-Beilage der Bundeszentrale für politische Bildung vom März 2013 dürfe als Taktgeber gelesen werden: Während die Hauptverantwortung Deutschlands im Editorial nicht erwähnt wird, ist z. B. von »Verflechtungen« der Großmächte die Rede, die zum Krieg führten. Die Kriegsschuld wird gleichmäßig auf alle europäischen Staaten verteilt. »Für Antifaschistinnen und Antifaschisten ist diese Herangehensweise nicht hinnehmbar.«

Die Bundesregierung scheint die Auseinandersetzungen um den Ersten Weltkrieg meiden zu wollen. Während in Belgien, in Frankreich und vielen anderen europäischen Nachbarstaaten große Feierlichkeiten vorbereitet werden, gibt es in dieser Hinsicht keine Signale aus Berlin. Offensichtlich fühlt sich Deutschland noch nicht stark genug, sein Vormachtstreben offen zu bekunden und zu feiern.

Kriegsverherrlichende Denkmäler wie dieses in Münster *(Foto: Jan Große Nobis)* erfordern Plakate wie das von Käthe Kollwitz

Die VVN-BdA, die sich als fester Teil der internationalen Friedensbewegung sieht, nimmt den einhundertsten Jahrestag vorrangig zum Anlass, für eine Stärkung der Friedenskräfte und des Antimilitarismus einzutreten und die Beziehung zwischen 1914 und 1939 aufzuzeigen. Die Aachener VVN-BdA wendet sich an die gesamte VVN-BdA: »Wir rufen unsere Landesorganisation und die Kreisvereinigungen dazu auf, sich im Gedenkjahr 2014 in den politischen Debatten zu beteiligen, möglichst auch mit eigenen Veranstaltungen. Der Jahrestag spielt eine große Rolle in unserem Nachbarland Belgien: Unsere Organisation sucht die Kooperation mit der Friedensbewegung in Belgien und bietet gemeinsame Fahrten zu Veranstaltungen, Ausstellungen und Kundgebungen an.«

D.P.

18 Konferenzen an Rhein und Ruhr zur Vorbereitung der VVN-BdA-Landeskonferenz NRW

Notwendige antifaschistische Basisarbeit

Bereits 18 Konferenzen in Städten an Rhein und Ruhr fanden statt, um die Landeskonferenz der VVN-BdA am 8. Februar im Düsseldorfer Ver.di-Haus vorzubereiten. Das Presseecho war unterschiedlich. Über jene im Ennepe-Ruhr-Kreis wurde u.a. berichtet:

Der Sprecher der Kreisvereinigung Thomas Birg erläuterte zunächst die politische Situation aus Sicht der VVN-BdA und bilanzierte dann die zahlreichen Aktivitäten im Berichtszeitraum. Info-Stände bei Frauentags-Veranstaltungen, am 1. Mai, am Tag der Befreiung, Antikriegstag und viele andere hätten ein positives Echo in der Öffentlichkeit gefunden, besonders auch die Beteiligung mit eigenen Angeboten an den »Gevelsberger Aktionswochen für Zivilcourage und gegen rechte Gewalt«.

Auch über die eigene Internetseite (www.en.vvn-bda.de) zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit wurde beraten. Der inzwischen installierte Newsletter trage zur schnellen Information der Mitglieder, aber auch anderer antifaschistischer Freunde bei. Birg bedankte sich bei allen aktiv Beteiligten und sagte, dass diese Arbeit nicht immer einfach sei.

VVN-BdA in NRW - Jahr für Jahr nehmen die jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Siegen an den Veranstaltungen zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald teil. Hier mit Banner zu Ehren des Buchenwalders Walter Krämer aus Siegen.

Der Kreiskassierer erläuterte im Anschluss die Finanzsituation der Kreiskasse.

In der Diskussion waren sich die Anwesenden einig, dass auch im Ennepe-Ruhr-Kreis antifaschistische Arbeit nach wie vor notwendig sei. Diese müsste verstärkt und verbessert werden, auch neue Mitstreiter müssten gewonnen werden. Der Auftrag der Versammelten an den neuen Vorstand: Alle in der Diskussion eingebrachten Vorschläge in einem Arbeitsplan für die neue Legislaturperiode bündeln. Der Vorstand wie auch der Kreiskassierer wurden schließlich entlastet.

Auf der nächsten, der konstituierenden Sitzung, wird der Vorstand die Aufgabenfelder der einzelnen Vorstandsmitglieder beschließen.

(aus: Westfälische Rundschau, 9.12.13)

Antwort aus Bochum an die Große Koalition

»Willy-Brandt-Gesamtschule zur ‚bundeswehrfreien Zone' erklärt«

Die Lehrer/innenkonferenz der Willy-Brandt-Gesamtschule in Bochum hat ihre schließlich nach einem Friedensnobelpreisträger benannte Schule zur »bundeswehrfreien Zone« erklärt. Das Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt sei mit den Erziehungszielen der Schule unvereinbar. Mit dem Beschluss soll ganz konkret Bundeswehrwerbung in der Schule unterbunden werden.

Dieser kürzlich gefasste Beschluss erhält gerade dadurch Bedeutung, dass CDU und SPD sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, die Werbung an Schulen zu intensivieren. Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag: »Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit. ... Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.« Für immer mehr Schulen gilt dies nicht.

Wolfgang Dominik, VVN-BdA Bochum

Vor unserer Landeskonferenz im Düsseldorfer Ver.di-Haus

Erklärung der VVN-BdA-Landessprecher

Zwei Jahre nach der Aufdeckung der NSU-Morde ist nun endlich die lange angestrebte Initiative des Bundesrates für das NPD-Verbot auf den Weg gebracht worden. Das ist ein Erfolg jahrelanger Aufklärungskampagnen antifaschistischer Kräfte, zuvorderst unserer VVN-BdA, und somit auch Erfolg der zahlreichen Initiativen und Bündnisse in Städten und Gemeinden gegen Nazis und Rassisten – auch gegen deren Aufmärsche.

Seit der letzten Landeskonferenz im Jahre 2011 hatten wir eine Menge Aufgaben zu bewältigen. Um nur ein paar davon zu nennen:

- Unsere Veranstaltungen zu den vielen »runden« Jahrestagen, derer es in 2013 zu gedenken galt, z.B. den 80. Jahrestag der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten,
- unsere Bemühungen, die Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945 zu dokumentieren,
- Nachfolger der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu gewinnen, die als Kinder des Widerstandes in Schulen und auf Veranstaltungen sehr authentisch zur Verfügung stehen. In 2013 sprachen diese neuen Zeitzeugen vor rund 1000 Schülerinnen und Schülern in NRW.
- Ferner Förderung der Erinnerungsarbeit mittels unseres Archivs des Widerstandes und
- die Mitwirkung in Bündnissen gegen Militarisierung, Rüstungsproduktion und Militärstandorte.

Die Stärke unserer Organisation stagniert zwar, was die Mitgliederzahl anbelangt, sie wurde jedoch gefördert durch die Mithilfe von Unterstützern und Spendern sowie Beziehern unserer Zeitschrift »antifa«. Die Landeskassiererin kann eine gute Bilanz vorweisen. Jetzt gilt es, viele organisierte Mitstreiter und Mitstreiterinnen zu gewinnen.

Mit dieser Bilanz bereiten wir nun die Landeskonferenz der VVN-BdA vor, die am Samstag, 8. Februar 2014, ab 10 Uhr im Ver.di-Haus, Karlstr., Düsseldorf (ganz nahe am Hauptbahnhof) tagt. Gäste sind erwünscht!

Es geht für 2014 nicht nur um die Fortsetzung unserer bisherigen Arbeit, sondern auch um neue Herausforderungen. Der unbedingte Einsatz für das Bleiberecht aller Flüchtlinge erfordert mehr Anstrengungen von uns. Und natürlich die Fortführung der No-NPD-Kampagne bis zu dem Tag, an dem endlich die NPD und alle Freien Kameradschaften und Nazi-Nachfolgeorganisationen verboten sind. Weiterhin wollen wir unsere Erfahrungen aus der Geschichte, aus Widerstand und Verfolgung gerade den jüngeren Generationen zugänglich machen. Die Jahrestage des Kriegsbeginns 1914 und 1939 gehören dazu: Nie wieder!

Ulrike Düwel, Falk Mikosch und Jochen Vogler

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

SACHSEN

75. Jahrestag der Pogromnacht in Pirna

Gedenken an jüdische Mitbürger

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurden in Deutschland Synagogen, Geschäfte, Wohnhäuser durch die Nazis zerstört. In Pirna brannte das Geschäft der Familie Wolf Jurmann in der Schössergasse/Ecke Markt.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Reichspogromnacht organisierte ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Vereinen ein Gedenken an die jüdischen Bürger Pirnas. An der Veranstaltung mit Historiker Hugo Jensch nahmen 50 Bürger teil. Sie gingen zu Häusern, Wohnungen und Geschäften ehemaliger jüdischer Mitbürger.

Der anschließende Besuch der Ausstellung zu »Jüdischem Leben in Pirna« im Alternativen Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ), bei dem Steffen Richter jiddische Lieder vortrug, gestaltete sich zu einem würdigen Gedenken an die terrorisierten jüdischen Einwohner Pirnas. Ausgehend von der Initiative des Stadtvorstandes und des AKuBiZ gelang es, mit einem breiten Spektrum der demokratischen Öffentlichkeit ein gemeinsames öffentliches Zeichen für die antifaschistische, humanistische Gedenk- und Geschichtskultur in unserer Stadt zu setzen.

Daran nahmen auch viele junge Menschen teil. Von der VVN beteiligten sich unter anderen Steffen Richter, Bernd Anger, Sonja Pick, Marita Schöne. Die umfangreichen Ausführungen von Hugo Jensch zum Schicksal der jüdischen Bürger wurden mit großem Interesse aufgenommen.

An der Gedenktafel in der Schössergasse, vor einigen Jahren von Dr. Albrecht Sturm (Kuratorium Altstadt Pirna e.V.) eingeweiht, wurden Blumen niedergelegt.

Bernd Anger, Pirna

Antifaschistische Bildung kostet Geld

Unterstützung benötigt

In Sachsen haben sich Anfang des Jahres 2010 junge und ältere Antifaschisten zusammen gefunden und die Idee einer gemeinsamen jährlichen Bildungsreise entwickelt. Zum Einen soll das Ziel verfolgt werden, Wissen zu erhalten, zum Anderen soll auch die Vernetzung der antifaschistischen Akteure, nicht nur in Sachsen, damit befördert werden.

Im Jahr 2011 führte die Reise nach Paris, unter anderem zum Résistance-Museum Mémorial Leclerc und Musée Jean Moulin. Im Jahr davor folgten die Teilnehmer in Slowenien den Spuren der Partisanen. 2012 führte die Reise nach Dänemark.

Für das Jahr 2014 organisieren der CriThink! e.V. - Gesellschaft zur Förderung des kritischen Denkens und Handelns (Saarbrücken), der Verein AKuBiZ e.V. (Pirna) und der Tamara-Bunke-Verein (Zittau) eine antifaschistische Bildungsreise in die Normandie, um die Spuren des Widerstandes in Frankreich weiter zu erkunden und an den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der Landung der alliierten Streitkräfte, dem damit begonnenen Kampf regulärer Armeen an der Westfront in Europa gegen das faschistische Deutschland, teilzunehmen.

Die Organisatoren möchten auf der Reise in die Normandie ein Stück NS-Geschichte mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufarbeiten. Unter anderem soll auch das Fort Breendonk, ein ehemaliges Konzentrationslager in Belgien, besichtigt werden. Außerdem sind Gespräche mit Kämpfern der Résistance und des Maquis geplant.

Um allen Interessierten die Teilnahme zu ermöglichen, sind die Teilnehmerbeträge nach Einkommen gestaffelt. Für Geringverdiener bitten wir darüber hinaus um Spenden. Auf Wunsch werden die Unterstützer namentlich in sämtlichen Publikationen über die Reise genannt.

Ramona Gehring (Tamara-Bunke-Verein)

**AKuBiZ e.V.; Volksbank Pirna e.G.;
Konto: 1000 933 180; BLZ: 850 600 00,
IBAN: DE34 8506 0000 1000 9331 80,
BIC: GENODEF1PR2
Betreff: »antifaschistische Bildungsreise 2014«**

Generationenbrücke Gostyn-Dresden

Im Oktober 2013 war eine Gruppe der VVN-BdA Dresden auf Einladung des Verbandes der Kombattanten und der Stadtverwaltung im polnischen Gostyn. Wolfgang Howald, Präsident der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, und Albrecht Krause als Dolmetscher begleiteten uns. Besonders freuten wir uns, dass Frau Marlis Goethe und vier Schüler der 36. Oberschule Dresden die Fahrt mit uns antraten.

Das Treffen war gekennzeichnet durch die jahrelange Zusammenarbeit und Freundschaft. Auf dem Empfang durch Bürgermeister Jerzy Kulak wurde die Wichtigkeit der Beziehungen zwischen Dresden und Gostyn betont. Gegenseitiges Verständnis und der gemeinsame Wille, alles zu tun, damit sich solche Ereignisse wie 1939, als die Naziokkupanten alle Männer des Ortes auf dem Gostyner Marktplatz versammelten und erschossen, nie wiederholen, seien die Grundlagen unserer Beziehungen. Jerzy Kulak würdigte in seiner Ansprache die Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler aus Dresden. Die anschließende Kundgebung und Kranzniederlegung am Denkmal für die erschossenen Gostyner Bürger war für uns eine Zeit des Nach- und Gedenkens. Auch Angehörige der erschossenen Bürger nahmen teil.

Am zweiten Tag besuchten wir die Grundschule »Schwarze Legion«, benannt nach der katholischen polnischen Widerstandsgruppe, deren Mitglieder in Dresden 1942 hingerichtet wurden. Durch DVD-Präsentationen wurden die Verbindungen der Schule nach Dresden bildlich und musikalisch dargestellt. Schüler stellten uns ihre Schule mit kleinen Texten vor. Als besondere Ehre wurden wir zur Voruraufführung des Films »Stein der Eintracht« im Rathaus von Gostyn im Beisein der Filmautoren eingeladen. Der Film schildert in einprägsamen, bewegenden Bildern und Worten, wie sich Menschen verantwortungsvoll an der Aufarbeitung der Geschichte beteiligen. Das ist eine Aufgabe für die Zukunft, vor allem für die jüngere, nachfolgende Generation.

Gedenken an die 1939 von der Naziwehrmacht erschossenen Bürger auf dem Marktplatz von Gostyn, Herbst 2013 *Foto: Roland Hering*

Karin Jeschke, Roland Hering, VVN-BdA Dresden

V.i.S.d.P. Peter Giersich,

Redaktion: Landesverband des VVN-BdA Sachsen, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.: 0351/49019 03,
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Spendenkonto: Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00, Konto Nr. 052 82111 00,
IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00,
BIC: DRESDE FE 850